

Schatten der Vergangenheit: Nazi-Deutschland, Holocaust und der Nahostkonflikt

Krell, Gert

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Krell, G. (2008). *Schatten der Vergangenheit: Nazi-Deutschland, Holocaust und der Nahostkonflikt*. (HSFK-Report, 7/2008). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-283262>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Gert Krell

Schatten der Vergangenheit: Nazi-Deutschland, Holocaust und Nahost- Konflikt

HSFK-Report 7/2008



Hessische
Stiftung
Friedens- und
Konfliktforschung

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Gert Krell · Im Langgewann 37 · 65719 Hofheim

E-Mail: gertkrell@arcor.de

ISBN: 978-3-937829-75-3

Euro 6,-

Zusammenfassung

Anlässlich des 60. Jahrestages der Staatsgründung haben sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und alle im Bundestag vertretenen Parteien einhellig zur besonderen Verantwortung Deutschlands für Israel bekannt. Was Solidarität mit dem jüdischen Staat konkret bedeutet, das wird freilich in Israel selbst kontrovers diskutiert. Das Problem wird nicht einfacher dadurch, dass sich nicht einmal eindeutig festlegen lässt, welche außenpolitischen Konsequenzen Deutschland aus dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen hat. Auch in seriösen wissenschaftlichen Beiträgen wird die These vertreten, der Staat Israel sei nicht zuletzt eine indirekte Folge des Nazi-Regimes und seiner verbrecherischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den Juden. Damit aber geraten auch die Auswirkungen der israelischen Staatsgründung auf die Palästinenser in den möglichen Horizont einer Debatte über deutsche Geschichte und Verantwortung. Im arabischen Raum ist allemal die Einschätzung verbreitet, letztendlich seien die Palästinenser Folgeopfer des europäischen Antisemitismus und speziell des nationalsozialistischen Rassenwahns geworden.

Ich versuche zunächst zu klären, warum die Behauptung einer solchen Verbindung so viel Anstoß erregt. Dazu erörtere ich verschiedene Diskursebenen im Nahen Osten. Im Hauptteil prüfe ich einmal, ob und inwieweit die Gründung des Staates Israel tatsächlich mit der NS-Zeit und dem Holocaust zusammenhängt. Zum Zweiten prüfe ich die Rolle der arabischen Kollaboration mit Hitler-Deutschland und des arabischen bzw. islamisierten Antisemitismus im Nahost-Konflikt. Abschließend setze ich die Bedeutung der NS-Zeit und des Holocaust in Beziehung zu anderen, älteren Ursachen dieses Konflikts.

Die Analyse hat eine Reihe von Zusammenhängen zwischen NS-Zeit, Holocaust und Nahost-Konflikt erbracht. Allerdings sind diese Zusammenhänge keineswegs eindeutig:

- Die Einwanderung deutscher Juden nach Palästina aufgrund des Auswanderungs- und Verfolgungsdrucks des NS-Regimes in den dreißiger Jahren hat zu einer bedeutsamen Veränderung in der demographischen Relation zwischen Juden und Arabern in Palästina beigetragen. Aber sie war nur ein Faktor unter mehreren; tatsächlich kam die große Mehrheit der Einwanderer auch in dieser Zeit nicht aus Deutschland.
- Im Jischuw und in der zionistischen Weltbewegung fanden sich sehr heterogene Vorstellungen von der konkreten völkerrechtlichen Ausgestaltung der „nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes“. Erst im Zuge der erfolgreichen Etablierung quasi-staatlicher Strukturen, der zunehmenden Einwanderung, des wachsenden, auch gewaltsamen Widerstands der Araber gegen die zionistische Landnahme und der immer bedrohlicher werdenden Lage der europäischen Juden setzte sich im Laufe der dreißiger Jahre mehrheitlich die öffentliche Forderung nach einem eigenen Staat durch, die schließlich durch Weltkrieg und Shoah in den Augen nicht nur der Zionisten, sondern fast aller Juden unabweisbar wurde.
- Im ersten israelisch-arabischen Krieg haben Holocaust-Überlebende eine wichtige Rolle gespielt. Zu diesen Überlebenden gehörten auch viele Juden, die vor der deutschen Armee und dem Mordapparat der SS in die Sowjetunion geflohen waren, aber

nicht mehr in ihre ursprüngliche Heimat in Osteuropa zurückkehren bzw. dort nicht mehr bleiben wollten oder konnten; nicht nur wegen der Folgen der NS-Herrschaft, sondern auch aufgrund traditionellen Antisemitismus und wegen der Machtübernahme der Kommunisten.

- Für den Entscheidungsprozess der Vereinten Nationen bei der Teilung Palästinas und damit für einen jüdischen Staat waren der Holocaust und die schwierige Situation der Überlebenden relevante Faktoren, aber es gab eine Vielzahl von anderen politischen Überlegungen, die dazu beigetragen haben. Von herausragender Bedeutung war das indirekte, teilweise auch direkte Zusammenwirken der beiden neuen Supermächte USA und UdSSR. In den USA spielte die gesellschaftliche Befürwortung eines jüdischen Staates eine zentrale Rolle, und der Holocaust war ein wichtiger Grund dafür. Noch wichtiger jedoch war die überraschende Unterstützung der Sowjetunion für den Jischuw bzw. für Israel in der heiklen Endphase des Mandats bzw. im so genannten Unabhängigkeitskrieg. Zwar hat die sowjetische Diplomatie den Holocaust ausdrücklich als Grund für ihr Verhalten genannt, aber ihr zentrales Motiv war eine kurzfristige realpolitische Interessenübereinstimmung mit dem Jischuw bzw. Israel.
- Den genannten begünstigenden Faktoren steht gegenüber, dass der millionenfache Mord an den osteuropäischen Juden den Zionismus seiner größten Basis und Stütze beraubt hat. Für die Überlebenden haben Nazi-Zeit und Holocaust freilich die existenzielle Bedeutung einer „Heimstätte“ in Palästina dramatisch verstärkt.
- Zu den Schatten der Vergangenheit über dem Nahost-Konflikt gehört auf deutscher Seite auch die propagandistische Verbreitung der NS-Ideologie, insbesondere ihres radikalen Antisemitismus, in arabisch und islamisch geprägten Ländern; auf arabischer Seite eine Affinität bei einigen führenden Persönlichkeiten und einem Teil der Bevölkerung zum Nationalsozialismus, die teilweise zu politischer Kollaboration und ansatzweise sogar zu militärischer Kooperation führte. Die These, in dieser Verbindung liege eine zentrale Ursache für die Eskalation des Konflikts zwischen Juden und Arabern, ist jedoch nicht zu halten. Dagegen sprechen empirische Beobachtungen auf verschiedenen Analyse-Ebenen ebenso wie vergleichende und systematische Überlegungen.
- Ob es ohne Nazi-Deutschland, den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg keine israelische Staatsgründung gegeben hätte, ließe sich annähernd zuverlässig nur im Rahmen einer konsequenten kontrafaktischen Analyse ermitteln. Aber auch eine solche Analyse bliebe angesichts der epochalen Veränderungen in dieser Zeit sehr hypothetisch. Die Einwanderung aus Deutschland wäre dann in den dreißiger Jahren auf dem Niveau der Weimarer Zeit geblieben und der Kapitaltransfer geringer ausgefallen. Ohne die drohende Gefahr eines Krieges mit Deutschland hätte Großbritannien aber die Einwanderungsquoten nicht drastisch reduziert, vermutlich sogar an einer Politik der Parität festgehalten. Die Frage einer wie immer vorläufigen Entscheidung des Nahost-Konflikts hätte sich also in jedem Fall gestellt, und die Teilungsoption oder die Idee eines „Transfers“ von Teilen der arabischen Bevölkerung kamen bekanntlich schon vor dem Zweiten Weltkrieg auf.
- Festzuhalten gilt auch und vor allem, dass die Grundkonstellation des Nahost-Konflikts älter ist als NS-Zeit und Holocaust und damit auch älter als die partielle Kol-

laboration der arabischen Seite. Der Nahost-Konflikt begann als ein quasi-kolonialer Siedlungskonflikt, was er heute zum Teil noch ist; sein Ursprung liegt im europäischen Nationalismus, Antisemitismus, Kolonialismus und Imperialismus der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auf einer tiefer liegenden strukturellen Ebene gehört er im weitesten Sinne in den Kontext des Globalisierungsprozesses der Moderne mit dem Ausgreifen Europas auf die außereuropäische Welt seit 1492.

- Der Nahost-Konflikt wurde auch und ist immer noch ein Konflikt zwischen konkurrierenden Nationalbewegungen mit ihren Staatsbildungsprojekten. In den letzten 30 Jahren hat sich eine weitere Konfliktdimension, die in Ansätzen immer schon vorhanden war, über die stärker materiellen Faktoren gelegt: politisierter religiöser Fundamentalismus, der sich nicht nur auf der arabisch/islamischen Seite sehr unangenehm bemerkbar macht und den ethnonationalen Territorialkonflikt zusätzlich ideologisch auflädt. Dieser politisierte religiöse Fundamentalismus mit seinen antisemitischen (und islamophoben) Bebilderungen erschwert eine Lösung oder auch nur Regulierung des Nahost-Konflikts, aber der Kern-Konflikt um Herrschaft und Territorium bleibt auf seine Weise eine Quelle für den Fundamentalismus und die Unterstützung, die er über die ideologischen Hardliner hinaus findet.
- Wem an der Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte auch der Palästinenser liegt, der braucht zur Begründung nicht auf die Nazi-Zeit oder den Holocaust und eine sich daraus möglicherweise ergebende Erweiterung deutscher Verantwortung über die Shoah und die anderen NS-Verbrechen hinaus auch auf den Nahost-Konflikt zu verweisen. Das führt in diesem Konflikt, in dem der Holocaust zur historischen Erfahrung der jüdischen und nur der jüdischen Seite gehört, unweigerlich zu Missverständnissen und Manipulationsverdacht. Völlig unangemessen ist die bei der neonazistischen Rechten, zum Teil aber auch bei der Linken und insgesamt in der deutschen Öffentlichkeit, vor allem aber in arabisch bzw. islamisch geprägten Gesellschaften verbreitete Einschätzung, was die Deutschen den Juden angetan hätten, würden heute die Juden den Palästinensern antun. Dieser Vergleich, der aus den Opfern der nationalsozialistischen Herrschaft die kommende Tätergeneration macht, dient nur allzu offenkundig dem untauglichen Versuch der Entlastung von eigener Schuld oder Mitverantwortung.
- Davon abgesehen erweist sich der potenzielle Konflikt zwischen den verschiedenen historischen Verantwortungen Deutschlands allein und als Teil Europas als weniger dramatisch als erwartet. Denn die allgemeinen ethischen und die besonderen historischen Verpflichtungen Deutschlands sowohl gegenüber Israel als auch gegenüber den palästinensischen Arabern decken sich weitgehend mit den realpolitischen. Israels Existenz kann am besten durch einen historischen Kompromiss mit der im Gründungsakt unterlegenen Partei gesichert werden, der auch ihr eine entwicklungsfähige Staatlichkeit anbietet. Israel braucht nicht mehr, sollte aber auch nicht weniger tun, als glaubwürdig die Bereitschaft zu signalisieren, seinen Anspruch auf die Westbank und auf Ostjerusalem aufzugeben, sich mit den Palästinensern über die Flüchtlingsfrage zu verständigen und das Embargo gegenüber Gaza zu beenden für den Fall eines Arrangements, das die Sicherheit des Staates und seiner Bürger zuverlässig und dauerhaft garantiert.

- Deutschland kann diskrete und offene diplomatische Beiträge im Friedensprozess leisten sowie wirtschaftliche Hilfe und Beobachtungs- und Monitoring-Dienste anbieten, gegebenenfalls auch bei aktiver Friedenssicherung mitwirken. Es kann für einen historischen Kompromiss in einer Form werben, die ausdrücklich seine historische Verantwortung als Deutschland, als Teil Europas und Teil des Westens aus unterschiedlichen Kontexten für das Leben und das Wohlergehen *beider Seiten* bejaht. Das heißt aber auch, zu Verhaltensweisen *beider* Seiten auf Distanz zu gehen, die diesem Kompromiss offensichtlich entgegenstehen.

Inhalt

1.	Einleitung und Fragestellung	1
2.	Diskursebenen im Nahost-Konflikt	4
3.	Das nationalsozialistische Deutschland, der Holocaust und die israelische Staatsgründung	7
3.1	Präzisierung und Abgrenzung der These	7
3.2	Einwanderung in den dreißiger und vierziger Jahren	9
3.3	Wirkungen im Zionismus	14
3.4	Der internationale Entscheidungsprozess	17
3.5	Die Rolle der Großmächte	19
4.	Das nationalsozialistische Deutschland, die Araber und der Nahost-Konflikt	23
4.1	Die These	23
4.2	Die deutsche Strategie und die Kollaboration des Mufti von Jerusalem	24
4.3	Judenhass in islamischem Fundamentalismus und arabischem Nationalismus	26
4.4	Einschränkungen und Differenzierungen	27
4.5	Zusammenfassende und ergänzende Überlegungen	32
5.	Erweiterung der historischen Perspektive	34
5.1	Die zionistische Programmatik und der Nahost-Konflikt	34
5.2	Die Verantwortung des Westens	36
5.3	Weitere Tiefendimensionen	39
5.4	Abschließende und zusammenfassende Überlegungen	41
6.	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	42
6.1	Fragestellung	42
6.2	Wissenschaftliche Ergebnisse	43
6.3	Politische Schlussfolgerungen	46
	Literatur	49

*Jede politische Inanspruchnahme des Holocaust,
für welche Zwecke auch immer,
ist zu verurteilen.*

(nach Uri Avnery)

1. Einleitung und Fragestellung¹

Israel befindet sich heute in allen Entwicklungsstatistiken unter den ersten 20 Staaten der Welt. Trotz dieser Erfolgsbilanz hielt sich die Begeisterung im Lande anlässlich des 60. Jahrestages der Staatsgründung in Grenzen, zu groß sind die aktuellen innen- und außenpolitischen Probleme (vgl. The Middle East Institute 2008). In Berlin dagegen wirkte Israels Jubiläum als „Friedensstifter“, wenigstens für einen Tag: die Bundestagsdebatte wurde zur „Ruhepause für eine gestresste und zerstrittene Koalition“ (Süddeutsche Zeitung, 30.5.2008: 6). Alle Parteien waren sich darin einig, vor dem historischen Hintergrund der Shoah die besondere deutsche Verantwortung für die Existenz und Sicherheit des Staates Israel zu unterstreichen. An diesem Selbstverständnis des Bundestages sei nichts auszusetzen, meinte Reiner Bernstein, Mitbegründer des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten; er beklagte aber zugleich die „asymmetrische Wahrnehmung“ des Konflikts im Parlament und die verschwommenen Aussagen zu Deutschlands aktueller Rolle bei der Suche nach Frieden zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk (Bernstein 2008). Die „Jüdische Zeitung“ schrieb, alle Welt sinniere darüber, was es bedeute, dass Angela Merkel schon vorab am 18. März in der Knesset betont habe, die Sicherheit Israels sei für sie als deutsche Kanzlerin nicht verhandelbar, sondern Teil deutscher Staatsraison.

Die Breite der offiziellen Solidarität wird nur zum Teil von der Bevölkerung getragen. Nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen sehen 53% der Befragten „keine besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel“, bei den 30-39-Jährigen sogar 65%. Auf die zweite Frage, ob Deutschland Israel im Falle eines Angriffs politisch unterstützen solle, antworteten noch 58% mit „Ja“. Gegen finanzielle Unterstützung sprachen sich 82% aus, gegen eine Unterstützung mit Soldaten 81% (Jüdische Zeitung, Juni 2008: 3). Dem alle demokratische Parteien offiziell umfassenden Konsens stehen noch andere problematische Aspekte im gesellschaftlichen Diskurs entgegen. Zwar spielt die Leugnung des Holocaust keine relevante Rolle mehr, außerdem steht sie unter Strafe; aber sowohl auf der radikalen Linken wie auf der radikalen Rechten überleben in unterschiedlichen ideologischen Verkleidungen antisemitische Tendenzen, und die Abwehrhaltung der

¹ Für Hinweise und Anregungen zu früheren Entwürfen danke ich Martin Altmeyer, Reiner Bernstein, Egbert Jahn, Reiner Steinweg sowie Claudia Baumgart-Ochse, Bruno Schoch und weiteren Mitgliedern des Forschungsrats der HSFK; außerdem zwei anonymen Gutachtern der Kölner „Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik“.

deutschen Bevölkerung gegenüber dem Thema der NS-Verbrechen, der Walser-Affekt sozusagen, ist erschreckend weit verbreitet. Was den Nahost-Konflikt betrifft, so stimmen fast 70% der Deutschen eher oder voll und ganz der Auffassung zu, Israel führe einen „Vernichtungskrieg“ gegen die Palästinenser; gut 50% schließen sich der These an, was der Staat Israel heute mit den Palästinensern mache, sei im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht hätten (die Daten bei Heyder/Iser/Schmidt 2005: 150-151). Auch wenn die Vermutung, die deutsche Medienberichterstattung sei ähnlich einseitig und damit für diesen Befund mit verantwortlich, nicht trägt, so liegt doch der Verdacht nahe, dass hier verbreitete Wünsche nach Entlastung von historischer Schuld oder kollektiver Scham eine bedeutende Rolle spielen (vgl. auch Faber/Schoeps/Stawski 2007). Auf der anderen Seite findet sich eine im Vergleich unbedeutende, aber doch erkennbare radikal pro-israelische Tendenz bei einem Teil der deutschen Linken, den so genannten Anti-Deutschen, für die Israel als Symbol für Auschwitz steht und die Araber den Part der nationalsozialistischen Verfolger und Mörder übernehmen (Haurly 2004: 162-163).

Unabhängig von diesen problematischen Befunden bleibt die Frage legitim, wie denn Israels Existenz am besten zu sichern sei und was Solidarität mit dem jüdischen Staat konkret bedeutet; sie wird auch in Israel und in der jüdischen Diaspora kontrovers diskutiert. So wurde erst kürzlich in den USA unter Beteiligung prominenter ehemaliger israelischer Politiker und Militärs eine neue Gruppierung gegründet, die den konservativen jüdischen Lobby-Organisationen Konkurrenz machen und neu definieren will, was es heißt, pro-israelisch zu sein (Haaretz online, 16.4.2008). Im „Guardian“ erschien eine Stellungnahme, in der über hundert jüdische Unterzeichner an die mit der Staatsgründung Israels einhergehende Katastrophe der Palästinenser erinnerten und betonten, sie sähen keine Veranlassung, den 60. Jahrestag zu feiern, solange nicht Araber und Juden gleichberechtigt in einem friedlichen Nahen Osten zusammenlebten (Guardian online, 30.4.2008).

Israelische Historiker zogen in Zweifel, ob Angela Merkel Israel mit ihrer Knesset-Rede wirklich einen Dienst erwiesen habe. Moshe Zimmermann meinte dazu, die deutsche Politik passe sich aus lauter Schuldgefühlen an die gegenwärtige israelische Politik an und schaffe für sie eine Rückendeckung in Europa. Israel könne so seine Siedlungs- und Vergeltungspolitik weiter betreiben, denn die USA unterstützten es sowieso schon. Bei den Palästinensern schaffe das nur Unmut, und die Extremisten und Terroristen gewöhnen an Popularität (Jüdische Zeitung, April 2008: 3). Meir Margalit ging noch weiter und schrieb in einem Offenen Brief an die Kanzlerin, wenn sie wirklich nur Israels Wohl im Sinne gehabt hätte, dann hätte sie die Palästinenserfrage zumindest erwähnt. Und wenn sie wirklich an der Seite Israels gegen seine Feinde stehen wolle, dann hätte sie zuallererst den Staat Israel selbst kritisiert. Denn die größte Gefahr, die Israel zu fürchten habe, sei es selbst, weil es seit 1967 ein System der Selbstvernichtung betreibe. Israel brauche keine Solidaritätsbekundungen und keine pro-zionistischen Reden, sondern internationalen

Druck, der die Besatzung beenden könne. Allein schaffe es das nicht (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.2008).²

Das Problem wird nicht leichter dadurch, dass sich nicht einmal eindeutig festlegen lässt, welche außenpolitische Verantwortung sich für Deutschland aus dem Holocaust ergibt. Folgt daraus eine stärkere Verpflichtung zugunsten Israels oder zugunsten der Menschenrechte allgemein? Analog zur Debatte in Israel zwischen einer Mehrheit, die betont, *Juden* dürften nie wieder Opfer eines Auschwitz werden, und einer Minderheit, die betont, so etwas wie Auschwitz dürfe sich nie wiederholen (Zuckermann 1999: 19). In einem Interview meinte der israelische Autor und Regisseur Etgar Keret, der Holocaust verleihe Israel keine Immunität. Es sei eine Pflicht für die Deutschen, die Welt zu einem sichereren Platz *für alle Menschen* zu machen und nicht nur für Israelis. Es wäre sogar eine Art Missachtung der Holocaust-Toten, wenn er die Deutschen gegenüber Israel verstummen ließe. Moral bedeute nicht, höflich zu sein, sondern zu sagen, wenn etwas falsch sei (Frankfurter Rundschau, 17.3.2008: 16).

Das aber führt möglicherweise nicht nur in ein moralisches deutsches Dilemma gegenüber dem Nahost-Konflikt, sondern auch in ein historisch-empirisches. Im arabischen und islamischen Kulturraum jedenfalls ist bis heute die Einschätzung weit verbreitet, letztendlich seien die Palästinenser über die Staatsgründung Israels, die als eine Konsequenz des Holocaust gedeutet wird, Folgeopfer des europäischen Antisemitismus und speziell des nationalsozialistischen Rassenwahns geworden; eine These, die freilich nicht nur dort vertreten wird. In Israel stößt die Herstellung dieses Zusammenhangs aus nahe liegenden Gründen vielfach auf Unverständnis oder sogar entschiedene Ablehnung, zumindest aber auf Unbehagen. Die Kritik reicht von einer Manipulation deutscher Schuldgefühle über die Relativierung der Schoah bis hin zur Verdrehung historischer Ursachen zugunsten der palästinensischen Seite, deren Kooperation mit dem Nationalsozialismus völlig ausgeblendet werde (Belege dazu bei Krell 2008).³ Nun ist die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen der Nazi-Zeit und dem Nahost-Konflikt weder so neu noch so abwegig wie zum Teil behauptet wird. So hatte der Historiker und Orientalist Alexander Schölch schon 1982 einen Aufsatz mit dem Titel „Das Dritte Reich, die zionistische Bewegung und der Palästina-Konflikt“ folgendermaßen eingeleitet:

„Historischen Hinterlassenschaften entrinnt man nicht; in den ungewöhnlichsten Konstellationen wird man zur Auseinandersetzung mit ihnen gezwungen. Ein Erbe, welches das Dritte Reich den Deutschen hinterlassen hat, ist die Verstrickung in den Palästina-Konflikt. Was die Entstehung des Staates Israel als Folge des Antisemitismus, der Judenverfolgung und schließlich des systematischen Völkermords im Herrschaftsbereich des Nationalsozialismus anbelangt, so wurde das Erbe als Verpflichtung weitgehend angenommen. Was die direkten Folgen der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina anbelangt, insbesondere

2 In der Analyse ähnlich Klein (2008: 61): „A military-settlement-bureaucracy complex arose that suffocates not only the Palestinian inhabitants of the territories, but also the future of the state of Israel. With its territorial success, the classic Zionist method endangers the Jewish state.“ Vgl. dazu systematisch Zertal/Eldar (2007).

3 Ich verarbeite dort Erfahrungen mit einer Podiumsdiskussion über das so genannte „Manifest der 25“ von 2006; vgl. dazu auch Steinweg (2007).

den Exodus der palästinensischen Araber, so wurde das historische Erbe weitgehend zurückgewiesen, indem man sich weigerte, den Zusammenhang zu sehen“ (Schölch 1982: 646).

Und aktuell heißt es bei Fritz Stern, dem großen jüdisch-amerikanischen Historiker deutscher Herkunft, in „Fünf Deutschland und ein Leben“, einer faszinierenden und bewegenden, mit seiner Autobiographie vernetzten Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert:⁴

„Der Holocaust hatte den zionistischen Anspruch auf einen jüdischen Staat, auf Israel, moralisch unausweichlich und zu einer physischen Notwendigkeit gemacht, aber die Palästinenser, die 1948 ihre Heimat verloren, waren ebenfalls seine indirekten, nicht genügend anerkannten Opfer. Manche Israelis waren wegen der Erinnerung an den europäischen Massenmord unnachgiebig gegenüber der Außenwelt, besonders gegenüber den Arabern, und die Folgen für die Palästinenser nährten den Zorn der Araber [...]“ (Stern 2007: 441).

Aus der politischen Problematik der Verbindung zwischen der NS-Zeit, dem Holocaust und dem Nahost-Konflikt ergeben sich die Fragestellungen dieses Beitrags. Es geht mir dabei zunächst um den Versuch zu klären, warum die Behauptung einer solchen Verbindung so viel Anstoß erregt. Dazu erläutere ich verschiedene Diskursebenen. Im Hauptteil konzentriere ich mich dann zuerst auf das historische Dreieck zwischen nationalsozialistischem Deutschland, Juden und Arabern, soweit es für den Nahost-Konflikt relevant ist. Ich prüfe zwei Thesen aus diesem Zusammenhang, und zwar eine, die mehr der arabischen, und eine zweite, die mehr der israelischen Seite entgegenkommt. Ich prüfe einmal, ob und inwieweit die Gründung des Staates Israel tatsächlich mit der NS-Zeit und dem Holocaust zusammenhängt. Zum zweiten prüfe ich die Bedeutung der arabischen Kollaboration mit Hitler-Deutschland und des zum Teil darüber vermittelten arabischen bzw. islamisierten Antisemitismus für den Nahost-Konflikt. Abschließend setze ich die Bedeutung der NS-Zeit und des Holocaust in Beziehung zu anderen, älteren Ursachen des Nahost-Konflikts.

2. Diskursebenen im Nahost-Konflikt

Nach meinen eigenen Diskussions-Erfahrungen neige ich selbst zu der dem Beitrag als Motto vorangestellten Mahnung von Uri Avnery. Aber es ist eine Mahnung, die sich gegen eine überwältigende soziale Realität richtet. Denn der Holocaust ist nicht nur Teil kollektiver und nationaler Identität, sondern auch Instrument der aktuellen politischen Auseinandersetzung.

(1) In Israel gehören die Nazi-Zeit und der Holocaust – wie auf der palästinensischen Seite die Niederlage und die Flucht/Vertreibung von 1948/49 – unvermeidlich zum über

4 Walter Laqueur hatte in seiner klassischen Studie über die Geschichte des Zionismus geschrieben: „Erst die Katastrophe nie dagewesenen Ausmaßes ermöglichte es dem Zionismus, sein Ziel, die Schaffung eines jüdischen Staates, zu erreichen“ (Laqueur 1975: 426).

Generationen vermittelten kollektiven Bewusstsein. Zur Erläuterung greife ich auf einen Artikel des kürzlich verstorbenen Dan Bar-On zurück, eines israelischen Psychologen und Friedensforschers, der sich sehr um die Begegnung und Aussprache zwischen Deutschen, Israelis und Palästinensern verdient gemacht hat. In diesem Artikel aus dem Jahre 1997, als der Friedensprozess schon in seiner ersten großen Krise war, geht Bar-On von einer Überlagerung mehrerer traumatischer Schichten in Israel aus, die immer wieder neue Quellen des Verlusts und des Schmerzes bedeuten: der Holocaust, der Unabhängigkeitskrieg, die Masseneinwanderung der fünfziger Jahre, der Krieg von 1973, der erste Libanon-Krieg, die Intifada und schließlich die terroristischen Attentate in Israel.

Die Auseinandersetzungen mit diesen Traumata finden vor dem Hintergrund einer Geschichte statt, in der Juden seit Jahrhunderten immer wieder mit einem Gegenüber konfrontiert wurden, das sie diskriminierte oder sogar verfolgte. Selbst wenn der Friedensprozess andauern sollte, so Bar-On, könne man damit rechnen, dass wieder andere bereit stünden, die Rolle des Feindes zu übernehmen: Iran, Hamas oder Hisbollah. Man dürfe nicht vergessen, dass mehr als ein Viertel der israelischen Bevölkerung aus Holocaust-Überlebenden und deren Nachkommen bestehe und dass der Holocaust in der dritten Generation auch von den Nachkommen der sephardischen Einwanderer (also aus Ländern, die nicht von Hitler-Deutschland besetzt waren) als persönliches Erbe akzeptiert werde. Die Relevanz des Holocaust für die Gegenwart werde fast täglich unterstrichen (Bar-On 1997: 95, 99-100, 105-106, 108).

Nun sind gerade in ethno-nationalen Auseinandersetzungen die Identifikation mit der eigenen Partei und deren Rechtfertigung bis hin zur Verklärung sowie die Abgrenzung von der gegnerischen Partei und die Schuldzuweisung an sie bis hin zu ihrer Verteufelung ohnehin charakteristische Merkmale der Konfliktodynamik (van Evera 1994). Diese Spaltung kann freilich, wie Bar-On zeigt, durch wiederholte oder tradierte traumatische Erfahrungen und durch die entsprechenden Deutungsmuster eines chronifizierten Opferstatus verschärft werden. Wenn ständig neu von außen die Gefährdung oder gar die Vernichtung droht oder zu drohen scheint, dann bleibt meist kein Platz für Einsicht in eine mögliche Mitverantwortung für den Konflikt. Ein zweites, damit verbundenes Risiko besteht in der Sehnsucht, den chronischen Gefährdungszustand ein für alle Mal zu überwinden, am besten durch eine Politik der Stärke. (Eine Analogie für die palästinensische Seite wäre der Mythos des bewaffneten Kampfes (dazu Baumgarten 1991)). Solche Reaktionsweisen sind verständlich, aber problematisch, denn sie re-inszenieren die Konfliktodynamik; sie werden leicht zur „self-fulfilling prophecy“.⁵

(2) Der genannte historische Hintergrund zeigt sich auch in kollektiven nationalen Deutungen der Gründung und Begründung des Staates Israel. In scheinbarem Widerspruch zur Anstößigkeit der Verbindung zwischen dem Holocaust und dem Nahost-

5 Zum Verhältnis von Verwundbarkeit und Stärke siehe Ben-Ami (2006: XII und 382): “Zionism was the territorial answer to the Jewish fear and this fear has never subsided since. [...] Israel could never really decide whether she was an intimidating regional superpower or just an isolated and frightened Jewish ghetto waiting for the pogrom to happen.”

Konflikt spricht der israelische Historiker Dan Michman von einem zionistischen oder israelischen Nationalmythos, der Israel über den Holocaust und die Beteiligung vieler Juden am Kampf gegen Hitler an der Seite der Alliierten legitimiere, so wie in der Unabhängigkeitserklärung angedeutet. Ganz unterschiedliche Traditionen unterstellten sogar eine empirische Kausalbeziehung, sei es in religiöser oder in säkularer Terminologie:

„[The] *Wiedergutmachung* negotiations and agreement with the Federal Republic of Germany in the early 1950s were based on the understanding that the State of Israel was the natural heir of the Jews murdered in the Holocaust. Gradually, especially from the 1960s onwards, Israel's image worldwide and in internal Israeli and Zionist interpretations of Jewish history and fate became linked to the Holocaust – by secularist educators, historians, lay people and religious thinkers [...] The fact that this mythical perception was so powerful and became widely accepted in Jewish circles and elsewhere very quickly proves, in my eyes, that for many people it satisfied an inner need to invest history with meaning. This 'meaning' of the Holocaust (with a 'happy ending') provided some solace for the tragedy of the past and justified massive self-mobilization for the collective ideals of the State especially when Israel had to contend with growing opposition beginning in the late 1960s" (Michman 2003: 317).

Offenkundig sind Nationalmythologien⁶ zumindest partiell durchaus respektable Selbstverständigungen über Ursprung und Telos von Nationen, sie sind im Übrigen überall zu finden; man kann sogar argumentieren, dass sich Nationen überhaupt erst über kollektive Narrative bilden und definieren. Als Gegenstück zu dem genannten zentralen Aspekt der israelischen Nationalmythologie erwähnt Michman für die arabische Seite die weit verbreitete Deutung, der zufolge der Holocaust Hauptgrund für die westliche Strategie gewesen sei, „Palästina die Juden aufzuzwingen“. Auch hier dient der Mythos der Legitimation und der Sinngebung von Leid, denn er macht die Niederlage verständlicher.

Alle nationalen Mythologien erfüllen wichtige soziale Funktionen, aber sie schaffen auch Probleme. Da sie meist die eigene Geschichte glorifizieren, verhüllen sie zumindest einen Teil der Realität, behindern kritische Selbstreflexion und erschweren Empathie. Aber nicht alle Bestandteile von Nationalmythologien sind gleichermaßen problematisch. Der Mythos, dem viele Araber und Muslime bis heute anhängen, dem zufolge der Holocaust selbst ein Mythos ohne empirische Basis sei, mit dem die Zionisten und der Westen nur ihre imperialistischen Absichten bemäntelten, ist zweifellos moralisch weitaus problematischer und politisch bedenklicher als der moderate Mythos über den Zusammenhang zwischen dem Holocaust und der palästinensischen Katastrophe. Auf der israelischen Seite sind die bekannten Teilmythen im konventionellen zionistischen Narrativ über das „Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ oder über die im Wesentlichen selbst veranlasste Flucht der Palästinenser im ersten israelisch-arabischen Krieg ebenfalls radikal und gewiss sehr viel fragwürdiger als der über den Zusammenhang zwischen dem Holocaust und der Geburt des Staates Israel.⁷ Aber auch in ihren moderaten Varianten

6 Der Begriff „Mythos“ ist nicht ganz unproblematisch, weil er oft mit Erfindung (oder mit „invented tradition“) gleichgesetzt wird. Deshalb bevorzuge ich die Begriffe „Nationalmythologie“ oder „nationales Narrativ“, weil sie mir neutraler erscheinen.

7 Über kollektive Mythen in Israel siehe Finkelstein (2002); zur arabischen, insbesondere palästinensischen Nationalmythologie und dem entsprechenden Mangel an Selbst-Reflexion Khalidi (2006).

konkurrieren die jeweils dominierenden nationalen Narrative miteinander, und so wird verständlich, warum Nazi-Zeit und Holocaust nicht Ursprung oder wesentlicher historischer Faktor für die Legitimation der Rechte *beider* Seiten sein können: die Gründung des Staates Israel ist *entweder* Erlösung *oder* Katastrophe.

(3) Schließlich ist der Holocaust Instrument in den aktuellen politisch-propagandistischen Auseinandersetzungen im Nahost-Konflikt, eine Art Kulisse, die hin und her geschoben wird: Nicht nur die iranische Führung, viele Medien und große Teile der politischen Öffentlichkeit, die Intellektuellen eingeschlossen, im gesamten arabisch/islamischen Raum leugnen oder verharmlosen den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden; gleichzeitig ist ständig die Rede von einem „zionistischen Holocaust“ gegenüber den Arabern – die viel größeren Zerstörungen und Opfer in den innerarabischen oder innerislamischen Konflikten würde man niemals so bezeichnen. Ein israelischer Vize-Verteidigungsminister droht den Palästinensern mit einer Shoah, ein Imam im Gaza-Streifen den Juden mit einem neuen Holocaust. Radikale Siedler vergleichen die Räumung von Siedlungen mit dem Holocaust oder stecken den (bald darauf ermordeten) israelischen Ministerpräsidenten Jitzak Rabin auf Plakaten in eine SS-Uniform,⁸ ägyptische Antisemiten machen dasselbe mit Shimon Peres. Israelische Politiker und Teile der Öffentlichkeit setzen verschiedene arabische Führer mit Hitler gleich oder bezeichnen radikale palästinensische Organisationen als Hitlers Erben.

3. Das nationalsozialistische Deutschland, der Holocaust und die israelische Staatsgründung

3.1 Präzisierung und Abgrenzung der These

Die These lautet, über den Auswanderungsdruck auf die (deutschen) Juden in den dreißiger Jahren und durch den Holocaust (die Notlage der Überlebenden, die Verzweiflung und Entschlossenheit der Zionisten und das westliche oder das Weltgewissen) habe der Nationalsozialismus indirekt in entscheidendem Maße zur Zuspitzung des Nahost-Konflikts zwischen Juden und palästinensischen Arabern und zur Staatsgründung Israels beigetragen.⁹ Dabei kann zwischen einer schwachen und einer starken Variante der These differenziert werden. Die schwache Variante geht davon aus, dass NS-Zeit und Holocaust die Gründung des Staates Israel begünstigt oder beschleunigt haben; die starke Variante behauptet, sie seien die ausschlaggebenden Faktoren in diesem Prozess gewesen. Die The-

8 Was den israelischen Journalisten Akiva Eldar zu folgender Bemerkung veranlasst hat: „Juden ist es erlaubt, Juden mit den schlimmsten Feinden Israels zu vergleichen, während sie gleichzeitig über diejenigen jammern, die Juden mit den schlimmsten Feinden Israels vergleichen“ (zitiert bei Lermann 2004: 114).

9 Wenn dem so wäre, dann ergäbe sich daraus für Deutschland moralisch und politisch keineswegs eine Entlastung (ein verbreitetes Missverständnis), sondern möglicherweise eine *erweiterte* historische Verantwortung (vgl. auch Bunzl 2008: 129).

se ist, wie schon deutlich geworden sein dürfte, weder abwegig noch gar antisemitisch; sie wird auch in Israel selbst seriös diskutiert (vgl. etwa Friesel 1996, Bauer 2002 oder Michman 2003).

Gleichwohl wird die These häufig missverstanden oder vorschnell abgewiesen; deshalb ist es wichtig zu erläutern, was sie *nicht* sagt. Sie sagt nicht, die Nationalsozialisten hätten (in den dreißiger Jahren) gezielt einen jüdischen Staat gefördert, das war nie ihre Intention; im Gegenteil: mit der Radikalisierung der Judenverfolgung zu Beginn und im Verlaufe des Krieges hätte Nazi-Deutschland wahrscheinlich auch im Orient die „Endlösung“ durchgesetzt, wenn ihm die Eroberung Palästinas gelungen wäre (dazu Mallmann/Cüppers 2007). Die These impliziert oder schließt jedenfalls nicht aus, dass die Palästinenser indirekt auch Opfer des Holocaust geworden sind, allerdings in einer nicht vergleichbaren Konstellation. In den Auseinandersetzungen zwischen Jischuw¹⁰ und palästinensischen Arabern und dann zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten waren (und sind) *beide Seiten* Täter und Opfer; und vor allem ging es dabei nie – weder programmatisch noch in der Praxis – um die physische Vernichtung der Araber als Gruppe, also um Genozid. Die These sagt also ausdrücklich nicht, die Juden hätten die Araber genauso zu Opfern gemacht wie die Nazis die Juden. Zwar werden solche Verdrehungen, wie schon angedeutet, auch von deutscher Seite immer wieder in äußerst problematischer Weise ins Spiel gebracht; nicht nur von rechtsextremen Gruppierungen oder in bestimmten antizionistischen Denktraditionen der Linken. Deshalb betone ich mit Nachdruck: die These spricht nur von (indirekten) Folgewirkungen der NS-Herrschaft und des Holocaust *für den Nahost-Konflikt*.

Genauso deutlich ist die These abzugrenzen von anderen Teilen des Diskurses – überwiegend, aber nicht nur im arabisch/islamischen Raum zu finden –, die eine Kooperation oder sogar eine ideologische Verwandtschaft zwischen Zionismus und Nationalsozialismus unterstellen; in denen Israel also nicht nur als Produkt eines imperialistisch-zionistischen, sondern sogar als eines jüdisch-nazistischen Komplotts erscheint. Zwar hat es, wie in vielen anderen Nationalismen, gerade auch in den arabischen oder im iranischen, auch am rechten Rand des Zionismus zeitweise faschistische Tendenzen gegeben (dazu Laqueur 1975: 380-384, 400-402), und gewiss sind Vergleiche des Zionismus mit anderen Siedlungskolonialismen und ihrer Problematik zulässig oder sogar sinnvoll; aber weder in der Theorie noch in der Praxis des Zionismus gibt es irgendwelche Anhaltspunkte für die genannte Identifikation. Der Zionismus hat eine ethnokratische Komponente, aber er ist – von einigen Extremisten abgesehen – nicht rassistisch und schon gar nicht genozidal. Man mag oder muss die Politik und Praxis des Jischuw und Israels gegenüber den palästinensischen (und anderen) Arabern scharf kritisieren, aber der Vorwurf des Genozids und vor allem der Vergleich mit dem realen Holocaust ist nicht nur abwegig und verantwortungslos, sondern gerade Juden gegenüber zutiefst verletzend. Was die Kooperation des Zionismus mit dem Nationalsozialismus in den dreißiger Jahren betrifft, so war sie

10 Mit „Jischuw“ (= Siedlung, Niederlassung) bezeichnet man allgemein die jüdische Gemeinschaft im vorstaatlichen Palästina.

aus reiner Not geboren und beschränkte sich auf Nothilfe für von Diskriminierung und Verfolgung bedrohte deutsche und andere Juden.

3.2 Einwanderung in den dreißiger und vierziger Jahren

Die dreißiger Jahre

Die „fünfte Alijah“ (Einwanderungswelle, wörtlich: Aufstieg) brachte zwischen 1932 und 1938 etwa 200.000 Juden nach Palästina. Dadurch erhöhte sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet von rund 18% (1932) auf etwa 30% (1939). Beiden Seiten, Juden und Arabern, war die Bedeutung dieser Veränderung im demographischen Kräfteverhältnis bewusst. Auf der jüdischen Seite rückte das Ziel eines eigenen Staates in Sichtweite, auf der arabischen machte sich Panik breit. In verschiedenen Darstellungen wird unabhängig von Herkunft, Zielsetzung oder politischer Tendenz der AutorInnen ein Zusammenhang zwischen dieser Einwanderung und der Machtergreifung der Nationalsozialisten hergestellt. Aber die Einwanderung deutscher Juden, die in den dreißiger Jahren rechtzeitig dem Entrechtungs- und Verfolgungsdruck nach Palästina entkommen wollten und konnten, wird dabei in ihrer Größenordnung häufig überschätzt. Ich nenne zwei Beispiele:

(1) „As German dictator Adolf Hitler and his Nazi Party rose to power, about 144.000 Jews, primarily from Germany, immigrated to Palestine in the early 1930s to escape increasingly ruthless persecution“ (msn Encarta 2008).

(2) „Between 1933 and 1936, more than 164.250 Jews fled Germany and entered Palestine, thus doubling the size of the Yishuv“ (Lipman o.J.).

In beiden Fällen liegen die Zahlen für die Auswanderung aus Deutschland viel zu hoch, es müsste heißen: „more than 164.250 Jews fled *Europe*.“ Zwar galt die fünfte Alija auch den Zeitgenossen im Palästina der dreißiger Jahre als die Alija der Jekkes, die Einwanderungswelle der Deutschen. Mit jüdischem Humor wurden diese Einwanderer oft gefragt: „Kommen Sie aus Überzeugung oder kommen Sie aus Deutschland?“ Immerhin war der Anteil deutscher Juden an der Einwanderung, der sonst immer um die 2,5% gelegen hatte, sprunghaft auf 25% gestiegen. Doch auch in den dreißiger Jahren kam die große Mehrzahl der Immigranten, nämlich 75%, *nicht* aus Deutschland (oder Österreich), sondern aus europäischen Ländern, die (noch) nicht zum Einfluss- und Herrschaftsbereich Nazi-Deutschlands gehörten (Daten bei Naor 1996: 178, Rubinstein 1997: 30 oder Nicosia 2000: Appendix 7). Etwa 40% der Einwanderer kamen aus Polen, eine Reaktion auf den polnischen Rechtsextremismus und Antisemitismus und die Politik der „Polonisierung“ (vgl. Michlic 2006: Kap. 4).

Aber auch wenn die deutschen Juden Ende der dreißiger Jahre immer noch eine kleine Minderheit im Jischuw bildeten, so war ihre Einwanderung für seine wirtschaftliche Stabilisierung offenbar doch von besonderer Bedeutung. Der Anteil an der Kategorie A 1, den so genannten Kapitalistenzertifikaten für Immigranten mit einem Vorzeigegeld von eintausend Palästina-Pfund (entsprechend dem britischen Pfund Sterling), die nicht unter die Einwanderungsquoten der britischen Mandatsmacht fielen, lag bei den Juden aus

Deutschland für die Jahre 1933 bis 1942 mit 37% deutlich über dem Durchschnitt von 15%. Das Haawara-Abkommen¹¹ zwischen dem Zionismus und der deutschen Reichsregierung von 1933, das in den gesamten dreißiger Jahren den Transfer wenigstens von Teilen der Vermögenswerte deutsch-jüdischer Emigranten ermöglichte und mit dem deutsche Exporte nach Palästina finanziert wurden, verschärfte die Schere zwischen der jüdischen und der arabischen Ökonomie in Palästina und trug zu ihrer Separierung bei (Mejcher 1993: 213-214; vgl. auch Schölch 1982: 649).

Wie dem auch sei, auf jeden Fall kann man auch diskutieren, warum so *wenige* deutsche Juden in diesen Jahren nach Palästina auswanderten. Die wirtschaftlichen Bedingungen waren vergleichsweise günstig (Palästina befand sich 1929-1935 in einer Boomphase) und die Einwanderungspolitik des damaligen britischen Hochkommissars relativ großzügig; außerdem gewährten die einschlägigen deutschen Ministerien und die traditionelle Bürokratie auswanderungswilligen deutschen Juden damals noch eine gewisse Unterstützung. Die NS-Führung maß dieser Auswanderung nach Palästina große Bedeutung bei und stimmte dem Haawara-Abkommen ausdrücklich zu (zu Details vgl. Nicosia 1978 und 2000). Trotz dieses Abkommens war die Emigration für deutsche Juden jedoch von Anfang an mit wirtschaftlichen Verlusten verbunden, von den praktischen Schwierigkeiten ganz abgesehen. Grundsätzlich war der politische Zionismus in Deutschland nicht sehr stark, die meisten deutschen Juden betrachteten sich als assimiliert; Deutschland war ihre selbstverständliche physische und kulturelle Heimat. Viele sahen im Zionismus sogar eine Gefährdung dieser Assimilation. Die meisten hofften, es werde nicht zum Schlimmsten kommen oder die schwierigen Zeiten würden bald wieder vorübergehen. Diese Einstellung erwies sich letztlich als verhängnisvoll, aber sie war seinerzeit durchaus verständlich. In den Anfangsjahren der Hitler-Diktatur konnten die Zeitgenossen noch nicht mit dem Holocaust rechnen, nicht einmal die Nationalsozialisten selbst taten das.¹²

Viele deutsche Juden sahen in der Diskriminierung und Verfolgung etwas, das sie aus der jüdischen Geschichte schon kannten, und verglichen ihre Situation mit der anderer Juden etwa in Osteuropa. Wie die nicht-zionistischen jüdischen Organisationen in Polen, so waren auch manche jüdischen Vereinigungen in Deutschland aus politischen Gründen sogar ausdrücklich *gegen* eine Auswanderung. Obwohl die Menschen, die sie vertraten, mehr und mehr ihrer staatsbürgerlichen und ihrer Menschenrechte beraubt wurden, versuchten sie wenigstens ihren Status als anerkannte, wenn auch diskriminierte Minderheit zu wahren und so die Nazi-Zeit zu überstehen (Diner 1991:149). Gleichwohl *hat* eine große Zahl deutscher Juden das „Dritte Reich“ verlassen bzw. konnte sich vor ihm retten, und zwar in ca. 80 verschiedene Länder.¹³ Als Gesamtzahlen für die Emigranten habe ich

11 Haawara bedeutet Übertragung oder Transfer (von Vermögenswerten).

12 Vgl. dazu etwa Friedländer (2000: 15): „[Selbst] Hitlers mörderische Wut und die Tatsache, dass er den politischen Horizont nach den extremsten Optionen absuchte, lassen nicht darauf schließen, dass es in den Jahren vor dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion Planungen für eine totale Vernichtung gab.“

13 Als ein Beispiel für Abertausende dieser Emigrationsschicksale verweise ich auf Schumer Chapman (2002). Es handelt sich um die bewegende Darstellung der traumatischen Erfahrungen der Mutter der Autorin, Edith Westerfeld aus Stockstadt am Rhein, die 1938 als Zwölfjährige in die USA zu Verwandten

in der Literatur 168.000 (1933-38) und 280.000 (ab 1933) gefunden; davon gingen zwischen 45.000 und 55.000 nach Palästina (Lavsky 1996: 252, Oltmer 2008, Rubinstein 1997: 31 und Nicosia 2000: 212, Appendix 7).

Nach dem „Anschluss“ Österreichs und nach der Pogromnacht im November 1938 verschärften die Nationalsozialisten den Auswanderungsdruck, d.h. sie ersetzten eine halbwegs geregelte Auswanderung durch „Austreibung“, eine Art Ausweisung bei gleichzeitig völliger Entrechtung und Enteignung, die von der SS organisiert wurde. Ausgerechnet jetzt schlossen sich die Tore für eine Einwanderung. Die Jahre des arabischen Aufstands in Palästina 1936-1939 waren ohnehin ungünstig, und in ihrem „White Paper“ von 1939 senkte die britische Regierung drastisch die Einwanderungsquoten; in erster Linie um die Araber zu besänftigen und ihre Allianz mit den Achsenmächten zu verhindern. Die Staatengemeinschaft war auch keine Hilfe, wie die Konferenz von Evian 1938 zeigen sollte; eine Konferenz, von der sich das State Department eine Ablenkung des Drucks auf die amerikanische Regierung versprach, die restriktiven Einwanderungsbestimmungen von 1924 endlich zugunsten verfolgter Juden zu lockern.

Die Konferenz war ein völliger Fehlschlag. Mit Ausnahme der Dominikanischen Republik war keine der anwesenden Delegationen von 32 Staaten bereit, Flüchtlinge aus Deutschland oder Österreich aufzunehmen, die das nationalsozialistische Deutschland heimat-, staaten- und mittellos gemacht hatte. Hinzu kam das politische Dilemma, dass eine Internationalisierung der Ausweisungsproblematik in Mitteleuropa den Druck auf polnische und rumänische Juden erhöhen würde, ebenfalls auszuwandern. Ergebnis war die „Katastrophe vor der Katastrophe“, die „Austreibung“ ohne Einwanderungsmöglichkeit, allenfalls noch die Chance illegaler Einwanderung (Diner 1991: 154-160). Ich führe das hier nicht an, um Verantwortung zu delegieren, die Ursache für diese Katastrophe liegt eindeutig bei Deutschland. Aber nicht nur die Verfolgung, auch die weltweite Verweigerung dringend benötigter Hilfe wurde Teil der jüdischen Erfahrung und ist bis heute ein zentrales Argument für das zionistische Anliegen.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und der Unabhängigkeitskrieg

Während des Krieges gelang nur etwa 16.000-20.000 Juden die Flucht nach Palästina. Hilfe wurde jedoch auch nach dem Zweiten Weltkrieg benötigt. Ungefähr 200.000 Juden überlebten Konzentrationslager, Zwangsarbeit und Todesmärsche (das Folgende nach Bauer 2002: 246-248). Zehntausende von ihnen gingen in ihre frühere osteuropäische Heimat zurück, andere begaben sich in die Lager für „Displaced Persons“ (DPs)¹⁴ hauptsächlich in den amerikanischen Besatzungszonen. Von den insgesamt 11 Millionen DPs in Deutschland und Österreich waren die meisten schnell repatriert worden; jüdische

geschickt wurde. Ihre Eltern, Frieda und Siegmund Westerfeld, kamen später nicht mehr aus Deutschland heraus; sie wurden von den Nationalsozialisten deportiert und umgebracht.

14 Als „Displaced Persons“ bezeichnet man Personen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die im Zweiten Weltkrieg entweder von den deutschen Besatzungsbehörden als Zwangsarbeiter in das Gebiet des Deutschen Reiches verschleppt wurden oder nach Kriegsende dorthin geflüchtet waren.

Überlebende waren zunächst nur eine kleine Minderheit unter den verbleibenden 800.000. Gegen Ende 1945 und vor allem 1946 kamen etwa 175.000 polnische Juden, die 1941 vor den Deutschen und ihrem Mordapparat nach Zentralasien geflohen waren oder aus dem sowjetischen Gulag entlassen wurden, zurück nach Polen. Diese polnischen Juden fanden in ihrer Heimat äußerst unwirtliche Verhältnisse vor: Familien und Verwandte waren nicht mehr auffindbar, Häuser und Wohnungen wurden von anderen „Besitzern“ in Anspruch genommen, die keine Anstalten machten, ihren neuen Besitz wieder freizugeben; ja Leib und Leben waren in Gefahr:

„A pogrom in August 1946 in Kielce, a city with a significant prewar Jewish population to which a handful of survivors had returned, triggered a wave of emigration from Poland and southeast Europe. In Poland it was clear that the newly-installed communist government was helpless to maintain order, let alone suppress the ingrained anti-Semitism of a population who believed the Jews had gone for good. [...] the Kielce tragedy was a watershed: most of the surviving Polish Jews were quickly disabused of any notion that they might reconstruct their lives in Poland“ (Bergman 2002: 7).

Viele zogen deshalb weiter, flohen in die amerikanischen Camps für DPs oder gleich auf direktem Wege bzw. auf Umwegen nach Palästina. 1947 befanden sich nach den Berechnungen von Yehuda Bauer um die 250.000 Juden in diesen Camps, und zwar hauptsächlich in Westdeutschland, Österreich und Italien. Alle wollten die Lager möglichst schnell wieder verlassen, die meisten entweder in Richtung USA oder Palästina; viele von ihnen waren durch den Krieg und die Verfolgung überzeugte Zionisten geworden. Am Ende ging etwa ein Drittel in die USA, zwei Drittel nach Palästina. Die Relation hätte auch umgekehrt sein können, wären die amerikanischen Einwanderungsquoten großzügiger gewesen. Auch andere europäische Juden, die Weltkrieg und Holocaust überlebt hatten, sahen sich genötigt, ihre Heimat zu verlassen. Das Problem für den Fluchtweg nach Palästina in diesen Nachkriegsjahren war, dass Großbritannien sich strikt gegen weitere jüdische Einwanderung im Mandatsgebiet stellte und dieses Verbot diplomatisch und militärisch durchzusetzen gewillt war. Der Jischuw organisierte jedoch über den „Mossad le-alijah bet“¹⁵ illegale Einwanderung und betreute zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung des Staates Israel zwischen 70.000 und 80.000 jüdische Flüchtlinge, von denen allerdings nur ein Teil noch während der Mandatszeit Palästina erreichte.¹⁶ Mit der Staatsgründung wurden die Einwanderungsbeschränkungen sofort aufgehoben.

Was nun diese Einwanderung zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Unabhängigkeit Israels bzw. dem Ende des ersten israelisch-arabischen Krieges betrifft, so bestreitet Dan Michman eine generelle Verbindung zum Holocaust, so wie er sie in Ye-

15 Diese geheimdienstähnliche Organisation der Hagana für illegale Einwanderung ist nicht zu verwechseln mit dem späteren israelischen Geheimdienst Mossad.

16 Zu Details der britischen Politik und dem Spektrum von Störern und Unterstützern siehe Bergman (2002). Zum Demonstrations-Effekt hat Großbritannien mit der „Exodus“-Affäre wahrscheinlich ungewollt selbst am meisten beigetragen. Die britische Marine brachte die „Exodus“, ein mit jüdischen Flüchtlingen voll beladenes Schiff, auf und schickte es schließlich ausgerechnet in die britische Zone in Deutschland zurück, was international allgemein als Skandal angesehen wurde.

huda Bauers Analysen vorzufinden glaubt. Michman argumentiert, der polnische Antisemitismus, der für einen Großteil der neuen jüdischen Flüchtlinge nach 1945 verantwortlich sei, habe mit der Schoah nichts zu tun, sondern beruhe auf eigenständigen osteuropäischen Traditionen (Michman 2003: 308-311). Hier wäre anzumerken, dass die extremen Umstände, unter denen Polen durch Nazi-Deutschland zu leiden hatte, die Unterdrückung, Versklavung, die zahllosen Morde, „the experience of cruelty beyond understanding“ (Beata Michlic), auch unter der nicht-jüdischen Bevölkerung in Polen materiell wie psychologisch zu einer tiefen allgemeinen Verunsicherung und zu erheblicher Sorge um Leib und Leben geführt haben. Vor einem solchen Hintergrund gedeihen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit, und das umso mehr, als die Umstände *nach* dem Krieg wieder äußerst schwierig waren.

Das allein vermag jedoch nicht den Ausbruch antisemitischer Gewalt in Polen in den ersten Nachkriegsjahren zu erklären, von denen der Pogrom in Kielce nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs war.¹⁷ Zwar gab es aufrechte Stimmen, die den Antisemitismus verurteilten, und die offizielle Programmatik der polnischen KP verkündete Solidarität und Brüderlichkeit über alle Gruppengrenzen hinweg. Aber die nationale Opposition, die katholische Kirche und trotz der offiziellen Programmatik auch weite Teile der kommunistischen Partei, und zwar einfache Mitglieder wie Führungskader, propagierten die „nationale Homogenisierung“ und den Ausschluss von Minderheiten. Das übliche Arsenal antisemitischer Stereotype aus der Vorkriegszeit wurde wieder virulent: der Mythos der „Judäo-Kommune“, also die Gleichsetzung von Kommunismus und damit des neuen inneren und äußeren Feindes mit den Juden; das Bild der Juden als physische Bedrohung „ethnischer“ Polen, einschließlich des weit verbreiteten Unglaubens der Ritualmorde, dem nur selten von Kirche oder Klerus widersprochen, ja der vielfach ausdrücklich unterstützt wurde; das Herunterspielen der Gewalt gegen Juden, denen oft auch noch die Verantwortung dafür in die Schuhe geschoben, ja die teilweise sogar heroisiert wurde:

„[In] contrast to the wartime anti-Jewish violence in Lomza, the early postwar anti-Jewish violence in Poland constituted more of a classic case of ethnic cleansing. Its intent, despite its severe brutality, was not to kill all Jews but to force them to leave Poland. Because of its intent this violence can be seen as similar to the anti-Jewish violence of the interwar period. The practice of ethnic cleansing in early postwar Poland was extremely effective“ (Michlic 2006: 217).

Gleichwohl ist die Kontroverse zwischen Michman und Bauer weniger dramatisch, als sie bei Michman erscheint. Bauer bestreitet ja die genannten Entwicklungen in Polen oder in anderen Teilen Ost- und Südosteuropas nach dem Krieg und ihren Beitrag zu einer substanziellen neuen jüdischen Auswanderung nicht. Er sieht in der zunächst illegalen, dann legalen Einwanderung der Holocaust-Überlebenden und anderer DPs gegen Ende der Mandatszeit und im Unabhängigkeitskrieg einen wichtigen Beitrag zum Sieg des Jischuw

17 Zur Situation in Polen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vgl. Michlic (2006: Kap. 6), außerdem sehr eindringlich Gross (2006); zum allgemeinen gegenwärtigen Vergangenheitsdiskurs in Polen vgl. Steinweg (2008).

bzw. Israels, aber er macht den Holocaust – ähnlich wie Michman – nicht zum entscheidenden Faktor für die erfolgreiche Staatsgründung:

„The State of Israel is, first and foremost, the creation of the generations that preceded the Holocaust and that created in Palestine a basis for the struggle for independence. Because of that foundation, the survivors could make an impact“ (Bauer 2002: 260).

In diesem Zusammenhang sollte auch schon erwähnt werden, dass die bei weitem umfangreichste Einwanderung von Juden aus Europa¹⁸ und dann auch aus arabischen Ländern, ja aus aller Welt, in den ersten Jahren *nach* der Staatsgründung erfolgte. Erst durch diese Einwanderung, die zumindest in der Anfangszeit mit dramatischen praktischen Schwierigkeiten und erheblichen Entbehrungen verbunden war, erreichte der jüdische Staat die erforderliche demographische Stärke, die er zum Überleben in einer feindlichen Umgebung brauchte. Die Gründe für diese Einwanderung in den Staat Israel waren vielfältig, die NS-Zeit und der Holocaust waren nur einer davon. Sehr anschaulich fasst Tom Segev die unterschiedlichen Motive zusammen:

„Nicht alle, die nach Israel einwanderten, wollten wirklich dort leben; viele kamen, weil sie keine andere Wahl hatten. Einige kamen, weil sie Zionisten waren und glaubten, dass sie als Juden nach Israel gehörten. [...] Andere wurden wegen des Holocaust oder wegen der Gründung des Staates Israel oder aus beiden Gründen Zionisten oder überzeugtere Zionisten. Einige ließen sich durch die propagandistischen Anstrengungen der zionistischen Bewegung in ihren Ländern von der zionistischen Idee überzeugen. [...] Für manche war die Auswanderung nach Israel eine religiöse Handlung, [...] andere folgten einfach ihren Freunden und Verwandten. Die Bewegung war ansteckend. Einige gingen, weil sie Angst hatten, allein zurückzubleiben, wenn die anderen gegangen waren, und wieder andere gingen, weil es keine Gemeinschaftseinrichtungen mehr gab, die ihnen ein Gefühl der Sicherheit und Zugehörigkeit vermittelt hätte. [...] In Osteuropa breitete sich der Stalinismus immer weiter aus, und die jüdischen Geschäftsleute fürchteten um ihre Existenz. Einige waren aus ideologischen Gründen Gegner des Stalinismus und befürchteten, unter seiner Herrschaft Opfer von Verfolgung und Unterdrückung zu werden. [...] Auch in den arabischen Ländern wollten manche Juden gezielt nach Israel auswandern, und andere wanderten nur aus, weil sie verfolgt wurden oder im Elend lebten oder gar hungerten. Sowohl in Europa als auch in den arabischen Ländern gab es Juden, die wohl emigrieren wollten, aber nicht unbedingt nach Israel. Wenn sie gekonnt hätten, wären sie in ein anderes Land gegangen“ (Segev 2008: 152-154).

3.3 Wirkungen im Zionismus

Theodor Herzl, einer der Begründer des Zionismus, hatte von Anfang an die Vision eines jüdischen Staates. In der Balfour-Erklärung, die dann auch in das Völkerbundsmandat für Palästina übernommen wurde, war freilich nur die Rede von der Einrichtung eines „national home for the Jewish people in Palestine“, außerdem hieß es: „nothing should be done which might prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities“ (Laqueur/Rubin 2001: 30). Für diese zurückhaltende Formulierung gab es wichtige

18 Zur etappenweise „Evakuierung“ der osteuropäischen Juden nach 1945 (außer der Sowjetunion, dort blieb die Auswanderung sogar lange fast vollständig verboten) vgl. Karady (1999: 255ff.).

außenpolitische Gründe, und sie ließ der Mandatsmacht Interpretationsspielräume, die sie den äußeren Umständen entsprechend nutzte. Anfangs überwog die pro-zionistische Lesart, und die britische Presse deutete dementsprechend die Balfour-Erklärung als Gründungsurkunde für einen späteren jüdischen Staat. Im britischen Weißbuch von 1939 dagegen heißt es:

„His Majesty’s Government believe that the framers of the Mandate in which the Balfour Declaration was embodied could not have intended that Palestine should be converted into a Jewish State against the will of the Arab population of the country. [...] His Majesty’s Government therefore now declare unequivocally that it is not part of their policy that Palestine should become a Jewish State. They would indeed regard it as contrary to their obligations to the Arabs under the Mandate, as well as to the assurances which have been given to the Arab people in the past, that the Arab population of Palestine should be made the subjects of a Jewish State against their will“ (Laqueur/Rubin 2001: 45).

Aber auch im Jischuw und in der zionistischen Weltbewegung waren die Zielsetzungen keineswegs einheitlich, ja war nicht nur die Form einer späteren Staatlichkeit, sondern überhaupt die Notwendigkeit oder der Sinn eines eigenen Staates umstritten.¹⁹ Entschieden sprachen sich die Revisionisten unter Wladimir Jabotinsky (auch hier gab es Varianten) offen für einen jüdisch dominierten Staat (beiderseits des Jordans) aus, aber sie blieben damit auch in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre noch in der Minderheit, von der Territorialfrage einmal ganz abgesehen. Auch die Arbeiterparteien mögen die Perspektive einer späteren Staatlichkeit von Anfang an im Kopf gehabt haben, aber sie stand zunächst nicht im Vordergrund. Im Vordergrund standen die Einwanderung und der Aufbau jüdischer Institutionen im weitesten Sinne, politisch, ökonomisch und administrativ. Gerade in diesem Bereich waren die Zionisten, die schon zu Beginn der dreißiger Jahre über staatsähnliche Strukturen auf fast allen Gebieten verfügten, weit erfolgreicher als die palästinensischen Araber. Zwar unterlagen diese gerade wegen der Balfour-Erklärung stärkeren äußeren Restriktionen der Mandatsmacht als die Juden und als andere arabische Völker, aber sie vermochten es nicht, die ihnen verbliebenen Handlungsspielräume wirksam zu nutzen. Ihre noch stark feudalistisch-klientelistisch organisierte Gesellschaft blieb auch auf der politischen Ebene hochgradig zerklüftet. Ihre führende Persönlichkeit, Amin al-Husseini, der Mufti von Jerusalem, erwies sich auf Dauer sogar als eine Belastung für die palästinensische Nationalbewegung (dazu unten Kap. 4; zur Gesamtproblematik der palästinensischen Seite vgl. Khalidi 2006).

Im Verlauf der dreißiger Jahre verdichtete sich der Konflikt zwischen den beiden Volksgruppen in Palästina, ging die zionistische Führung von der Strategie des schrittweisen Aufbaus einer jüdischen nationalen Heimstätte ab und zielte immer offener auf einen jüdischen Staat. Ursache für die Konfliktentwicklung waren in erster Linie der drastische Anstieg bei den Einwanderungszahlen, die daraus folgende Verdrängung kleiner arabischer Landbesitzer und der Druck auf den Arbeitsmarkt mit der Verdrängung arabischer Arbeitskräfte durch die Histadrut, die Allgemeine Organisation der jüdischen Arbeiter in

19 Das gilt insbesondere für die Gruppe der so genannten Kulturzionisten. Ich stütze mich für die folgende Zusammenfassung weitgehend auf Laqueur (1975) und Freimark (1993).

Palästina (Flores 1993: 112). Chaim Weizmann verband in einer Stellungnahme vor einer britischen Untersuchungskommission 1936 die Sorge um die europäischen Juden – wobei er die „deutsche Frage“ damals ihrem Umfang nach noch „viel kleiner“ als die polnische einschätzte – mit der Perspektive eines jüdischen Staates (Freimark 1993: 62). David Ben-Gurion glaubte 1937, wenn das Einwanderungsniveau anhalte – was allerdings nicht der Fall war –, dann sei Erez Israel in einigen Jahren ein jüdisches Land.

Hinzu kam der arabische Aufstand 1936-1939, der Hoffnungen auf andere Arrangements, gar auf einen binationalen Staat, ohnehin immer schon eine Minderheitsposition, weitgehend zerstörte. In dieser Zeit begann der Jischuw auch mit dem Aufbau einer eigenen Armee. Der bevorstehende Weltkrieg ließ weitere größere jüdische Flüchtlingsströme erwarten, und die zunehmend dramatische Lage der europäischen Juden als Folge der Eroberungen des nationalsozialistischen Deutschland führte 1942 zu der berühmten Erklärung einer Außerordentlichen Zionistischen Konferenz im Biltmore Hotel in New York mit der klaren Perspektive der Umwandlung (ganz) Palästinas in ein „Jewish Commonwealth“. Damit war hier ein jüdischer Staat gemeint, der ein für alle Mal das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit lösen und den von den Deutschen verfolgten Juden ein Signal der Hoffnung bieten sollte (Laqueur/Rubin 2001: 55-57).

Zur Zeit der Biltmore-Erklärung war das volle Ausmaß des nationalsozialistischen Mordprogramms noch nicht bekannt. Mit dem Holocaust stellte sich die Frage nach einem jüdischen Staat noch einmal fundamental neu bzw. stellte sich nicht mehr als Frage: „The Holocaust was to propel the movement almost instantly into statehood“ (Morris 2001: 161). Die schlimmsten Befürchtungen des Zionismus hatten sich bewahrheitet oder waren noch weit übertroffen worden, und so wurde der staatsbildende Zionismus, ursprünglich nur die Option einer „Minderheit in der Minderheit“ (Victor Karady), zur Option einer breiten Mehrheit aller Juden. Aber für das Projekt des jüdischen Staates ergab sich aus den Massenmorden eine grausame Paradoxie: Was würde eine jüdische Zufluchtsstätte und was würden internationale Sympathien, sie endgültig einzurichten, nützen, wenn es niemanden mehr gab, der noch Zuflucht suchen konnte? So argumentiert nicht nur Yehuda Bauer, der Holocaust habe in der Bilanz die Bildung einer dauerhaften jüdischen Heimstätte in Palästina eher behindert als gefördert; Israel sei nicht wegen, sondern trotz des Holocaust entstanden: „There were almost not enough Jews left to fight for a state“ (Bauer 2002: 258).

Die meisten Experten dürften sich wohl mit Dan Michmans Schlussfolgerung einverstanden erklären, der zufolge die Shoah ambivalente Auswirkungen auf den Zionismus hatte. Auf der einen Seite wurde er gestärkt; seine politischen Gegner innerhalb der jüdischen Nationalbewegung, insbesondere die „Bundisten“ in Russland und in Osteuropa, waren geschlagen. Viele von ihnen waren von den Nazis, einige auch von den Kommunisten ermordet worden, und ihre politische Strategie war angesichts der buchstäblich mörderischen Verhältnisse nicht mehr tragfähig. Die meisten Juden, nicht nur aber vor allem in den USA, die ursprünglich keine Zionisten waren, entschieden sich wegen des Holocaust, den Zionismus ideell, politisch und materiell nachdrücklich zu unterstützen. Auf der anderen Seite war der Zionismus durch den Massenmord an den osteuropäischen Juden, seine Hauptstütze, extrem geschwächt worden (Michman 2003).

3.4 Der internationale Entscheidungsprozess

In welchem Maße das Votum der Vereinten Nationen von 1947 zugunsten einer Teilung Palästinas und damit auch eines jüdischen Staates durch den Holocaust beeinflusst wurde, ist bis heute kontrovers. Einige Forscher, die sich zum Teil auf Archiv-Studien berufen, erkennen diesem Zusammenhang keine bedeutende Rolle zu (Friesel 1996, Michman 2003). Michman formuliert sogar pointiert, der Entscheidungsprozess der UNO sei völlig unbeeinflusst von Überlegungen über den Holocaust oder damit verbundene Schuldgefühle gewesen:

„What finally tipped the scales [...] were general issues related to the beginnings of the Cold War, the decolonization process, a certain Christian pro-Judaism (in some cases), other minor considerations, and a series of mistakes made by the British and the Arabs. [...] Israel was established neither as a colonial trick nor as a ‘reparation gift’ to the Jews from the Western world as compensation for the Holocaust“ (Michman 2003: 310 und 321).

Die gegenteilige Position referiert und bezieht – neben dem anfangs schon genannten Fritz Stern – z. B. Benny Morris in seiner Geschichte des zionistisch-arabischen Konflikts:

„Resolution 181 was, in some way, ‘Western civilization’s gesture of repentance for the Holocaust (...), the repayment of a debt owed by those nations that realized that they might have done more to prevent or at least limit the scale of Jewish tragedy during World War II.’ [...] Helped to a great extent by the nations’ feeling of guilt about the Holocaust, the Zionists had managed to obtain an international warrant for a small piece of earth for the Jewish people“ (Morris 2001a: 186).

Interessant ist Michmans Nennung des Entkolonialisierungsprozesses. Im Lichte der weiteren Geschichte des Nahost-Konflikts und der teilweise hoch ideologisierten Positionierung der Dritten Welt gegen den Zionismus erscheint das auf den ersten Blick unplausibel. Dabei wird jedoch übersehen, dass Israel zumindest in seiner Frühphase durchaus über gute Beziehungen zu einer Reihe von Entwicklungsländern verfügte und durch den Kampf des Jischuw gegen die britische Kolonialmacht und aufgrund seines ökonomischen Profils für diese Länder auch glaubwürdig war, wenn auch nicht im arabischen Raum (vgl. auch Barnett 1996). Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass sich der UNO-Ausschuss, der mehrheitlich den Teilungsplan erarbeitete (das von Jugoslawien, Iran und Indien formulierte Minderheitsvotum schlug einen föderativen Einheitsstaat unter arabischer Vorherrschaft vor), sowohl in den Lagern der DPs als auch vor Ort in Palästina umgesehen und informiert hat. Morris berichtet, die kulturelle Nähe der Ausschuss-Mehrheit zum Jischuw sei personell wie institutionell größer gewesen als zur arabischen Seite. Die generell größere kulturelle Distanz des Westens zum Islam bzw. zu den Arabern im Vergleich mit dem Judentum erwähnen auch andere Autoren (etwa Thomas 1999: 55). Aber um die Ausgewogenheit oder Gerechtigkeit des UN-Votums geht es an dieser Stelle nicht. Wichtiger ist hier, dass offenbar die Wünsche der DPs und die Exodus-Affäre bei der Kommission einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben.

Beim Votum in der Generalversammlung, das die erforderliche Zweidrittelmehrheit zugunsten des Teilungsplans erbrachte, spielte die Zustimmung sowohl der USA als auch der Sowjetunion eine herausragende Rolle, aber es gab auch lobbyistische Tätigkeiten der Zionisten und der amerikanischen Regierung. Welchen Einfluss amerikanischer Druck auf Staaten wie z.B. Frankreich, die Philippinen, Haiti, Liberia, Nicaragua oder Griechen-

land – in der Regel über das Instrument der Wirtschafts- und Entwicklungshilfe, angeblich aber auch über gewöhnliche Bestechung – letztendlich hatte, ist nicht einfach zu beantworten. Die Literatur nennt in einzelnen Fällen sogar, welche hochgestellten amerikanischen Politiker welche Voten „umgedreht“ haben sollen (Thomas 1999: 59; skeptisch dagegen Schoenbaum 1993: 56). Immerhin blieben zwei Staaten, die hochgradig von amerikanischer Wirtschaftshilfe abhingen, nämlich Griechenland und Kuba, bei ihrem Nein; andere lateinamerikanische Drittweltländer enthielten sich der Stimme.

Da die Zweidrittelmehrheit knapp ausfiel, kann man argumentieren, dass sie ohne den Druck der USA (und der Sowjetunion, die ja schon selbst mit drei Voten vertreten war und außerdem den „Ostblock“ einbrachte) nicht zustande gekommen wäre. Dann bliebe aber die Frage nach der Relevanz des UN-Teilungsvotums. Denn ein schwächeres UN-Votum hätte die israelische Staatsgründung wahrscheinlich ebenso wenig blockiert wie ein noch stärkeres den palästinensischen Teilstaat, der ja auch vorgesehen war, ermöglicht. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Holocaust und die realen Bedürfnisse der Überlebenden bei der Entscheidung der Vereinten Nationen zweifellos eine Rolle gespielt haben, aber dass auch eine Reihe anderer Faktoren, kulturelle und insbesondere „more mundane material factors“ (Thomas 1999: 55) in Rechnung zu stellen sind. Schließlich hatte der Vorschlag einer Teilung des Landes angesichts der unvereinbaren Interessensgegensätze zwischen den Konfliktparteien grundsätzlich eine gewisse Plausibilität, auch wenn die Hoffnung naiv war, damit eine gewaltsame Lösung verhindern zu können.

Für einen Zusammenhang zwischen Nazi-Zeit bzw. Holocaust und der internationalen Zustimmung nicht nur der großen Mehrheit der Juden zu einem jüdischen Staat in Palästina sprechen allerdings auch Aussagen anderer wichtiger Dokumente, Gruppierungen und Persönlichkeiten. Der Bericht der britischen Peel-Kommission vom Juli 1937 etwa, der zum ersten Mal eine Teilung vorsah, und zwar mit einem sehr kleinen jüdischen Staat hauptsächlich in Galiläa und entlang der Mittelmeerküste, stellte eine frühe Verbindung her zwischen der neuen Bedrängnis der Juden in Europa und Palästina als Zufluchtsort. Es heißt dort: „Wenn die Araber durch ein Opfer zur Lösung dieses Problems beitragen könnten, würden sie sich die Dankbarkeit nicht nur der Juden, sondern der gesamten westlichen Welt erwerben“ (zitiert nach Krämer 2002: 330). 1945 verwies Präsident Roosevelt in einem Gespräch mit Ibn Saud auf das Leid, das die Deutschen den Juden angetan hatten, um ihn zu einer freundlicheren Einstellung gegenüber dem Zionismus und der Aufnahme von DPs in Palästina zu bewegen. Der arabische Potentat gab zur Antwort, Palästina habe bereits mehr als seinen fairen Anteil an jüdischen Flüchtlingen aufgenommen. Wenn die Juden nicht in Deutschland [in den amerikanischen Lagern für DPs] bleiben wollten, dann gebe es unter den 50 westlichen Alliierten sicher ausreichend Platz für sie (dazu Davidson 2001: 149-154).

Schließlich argumentierte John Foster Dulles, später Außenminister unter Präsident Dwight D. Eisenhower, Ende 1948 gegenüber der libanesischen Delegation bei den Vereinten Nationen, das amerikanische Volk und seine Regierung seien davon überzeugt, dass die Errichtung eines lebensfähigen Staates Israel eine historische Notwendigkeit darstelle, auch wenn damit gewisse Ungerechtigkeiten gegenüber der arabischen Welt ver-

bunden seien (Schoenbaum 1993: 62). Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht auch eine Resolution der Jahreskonferenz 1944 der British Labour Party. Dort heißt es, die ungeheuren Verbrechen im Rahmen der vom deutschen Nationalsozialismus gezielt geplanten Vernichtung der europäischen Juden hätten den jüdischen Anspruch auf Palästina unabweisbar werden lassen. Die Labour Party sprach sich in diesem Zusammenhang sogar für einen Transfer der arabischen Bevölkerung aus:

„Let the Arabs be encouraged to move out as the Jews move in [...] Let them be compensated handsomely for their land and let their settlement elsewhere be carefully organized and generously financed. The Arabs have many wide territories of their own“ (zitiert nach Tessler 1994: 253).

3.5 Die Rolle der Großmächte

Die USA

Die USA waren keineswegs durchgängig für einen jüdischen Staat. Es gab in der Truman-Administration starken Widerstand dagegen, insbesondere im Verteidigungs- und im Außenministerium: einmal aus strategischen Überlegungen wie gute Beziehungen zu den Arabern und Zugang zu ihrem Erdöl; zum zweiten wegen der Aussicht, einem schwachen oder bedrohten jüdischen Staat militärisch beistehen zu müssen; drittens mit Blick auf politisch-kulturelle Grundlagen der USA wie das Selbstbestimmungsprinzip, das durch den Teilungsplan verletzt wurde; schließlich viertens auch aus irrationalen Befürchtungen über kommunistische Tendenzen im Zionismus, die von Großbritannien gezielt genährt wurden. Harry Truman als Präsident hatte auch innenpolitische Faktoren zu berücksichtigen wie die jüdische Wählerschaft in Schlüsselstaaten der Union und breite Sympathien für das zionistische Anliegen. Aufgrund der Verfolgungen in Europa und aufgrund des Holocaust wurde das Projekt eines jüdischen Staates in Palästina inzwischen nicht mehr nur von den Zionisten, die auch in den USA traditionell eine Minderheit unter den Juden gewesen waren, sondern von den amerikanischen Juden insgesamt nahezu einhellig befürwortet, und es stieß auf Zuspruch oder sogar aktive Unterstützung in weiten Teilen der ganzen amerikanischen Bevölkerung. Das Plädoyer für einen jüdischen Staat in Palästina war dabei nicht ganz uneigennützig; denn die Bereitschaft, die restriktiven Einwanderungsbestimmungen der USA zugunsten jüdischer Flüchtlinge oder Überlebender zu lockern, war demgegenüber deutlich geringer ausgeprägt.

Die amerikanische Diplomatie, auch Präsident Roosevelt selbst, hatte den Arabern wiederholt Zusicherungen gemacht, eine Entscheidung über das Schicksal Palästinas werde nicht ohne die Zustimmung *beider Seiten* getroffen. Präsident Truman hat diese Zusicherungen nicht einhalten können. In der Forschung wird kontrovers diskutiert, inwieweit sein Votum zugunsten der Teilung innenpolitisch motiviert war. Selbstverständlich versuchten die zionistischen Organisationen in den USA Einfluss auf Truman zu nehmen, der von Hause aus weder besonders pro- noch antizionistisch eingestellt war. Er hatte jüdische und andere pro-zionistische Freunde und Berater, aber er ließ sich auch nicht gern unter Druck setzen. Das Schicksal der europäischen Juden beeindruckte ihn auch so, und am Ende war es wohl eine Mischung aus moralischen und pragmatischen

innen- wie außenpolitischen Überlegungen, die ihn für die Teilung votieren ließen, und zwar gegen den Rat seiner Fachminister.²⁰

Eine wichtige Rolle bei seiner Entscheidung spielte die Frage jüdischer DPs in den von den USA geführten Camps, die Deutschland aus nahe liegenden Gründen unbedingt verlassen wollten, die der Kongress aber nicht oder nur zu einem Teil in den USA aufzunehmen bereit war (erst 1948 wurde die Einwanderungsgesetzgebung geändert). Hätte Großbritannien akzeptiert, so wie es die Vereinigten Staaten gefordert hatten, 100.000 DPs legal nach Palästina zu lassen, wäre die Entscheidung der USA eventuell anders ausgefallen. Unter den machtpolitischen außenpolitischen Beweggründen hatten das größte Gewicht der latente, dann manifeste „Bürger“-Krieg in Palästina und der aufziehende Ost-West-Konflikt mit der Sorge vor sowjetischer Einflussnahme im Nahen Osten (zu Details vgl. Schoenbaum 1993).

Die Sowjetunion

Aus der Rückschau lässt sich angesichts der vertrauten Ost-West-Konstellation im Nahen Osten mit den USA auf der Seite Israels und der Sowjetunion als Patron des (pan)arabischen Nationalismus kaum noch nachvollziehen, welche herausragende Bedeutung der Haltung und Politik der UdSSR für die Entstehung des Staates Israel zukommt.²¹ Die Sowjetunion hat sich – zur Überraschung aller Beteiligten, führende Vertreter des Jischuw sprachen von einem „Wunder“ – in den Beratungen der UNO 1947 nicht nur entschieden zugunsten des Teilungsplans und damit eines jüdischen Staates ausgesprochen, sie hat die Gründung Israels auch gezielt diplomatisch und indirekt sogar militärisch unterstützt. (Von einem vergleichbaren Engagement zugunsten des palästinensischen Teilstaates konnte keine Rede sein.) Die Sowjetunion und mit ihr der neu entstandene bzw. im Entstehen begriffene „Ostblock“ hielt auch 1948/49 während der Feindseligkeiten zwischen Juden und Arabern im Mandatsgebiet und im ersten Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten konsequent an der Teilung fest; auch dann, als der amerikanischen Führung wegen der gewaltsamen Folgen Bedenken kamen und sie zeitweilig eine „Treuhand-Option“ der Vereinten Nationen ins Spiel brachte. Die Sowjetunion war, in Kooperation mit den Vereinigten Staaten und mit der Jewish Agency, aktiv in die Ausarbeitung der Details für den Teilungsplan involviert. Sie hat sich in der Phase nach der Staatsgründung um die völkerrechtliche Aufwertung Israels bemüht und selbst als erster Staat Israel auch de jure anerkannt; und sie widersetzte sich allen Vorschlägen, die vitalen israelischen Interessen zuwider liefen. Die Verantwortung für den Krieg schob sie den „arabischen Aggressoren“ zu, die von britischen Offizieren kommandiert würden; für das

20 Zum Entscheidungsprozess in den USA gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen. Neben der allgemeinen und schon genannten Literatur habe ich noch benutzt: Clifford (1991) und Benson (1997); vgl. auch Krell (2004).

21 Für die Sowjetunion fasse ich zusammen Brod (1980) und Heinemann-Grüder (1991); vgl. auch Gorodetsky (2003).

Los der arabischen Palästinaflüchtlinge machte sie das Vereinigte Königreich und „einflussreiche Kreise“ in den USA verantwortlich.

Die Waffenlieferungen (bald über eine Luftbrücke, darunter auch schwere Waffen) aus der Tschechoslowakei, die noch vor der Machtübernahme der Kommunisten begannen und nach dem Prager Putsch fortgesetzt wurden, waren wahrscheinlich mit kriegsentscheidend. Sie widersprachen dem von den Vereinten Nationen ausgesprochenen Waffenembargo und wurden deswegen von den USA scharf kritisiert. Ohne die ausdrückliche Zustimmung der Sowjetunion wären diese Rüstungsexporte nicht möglich gewesen. Die zionistische Diplomatie erreichte von der sowjetischen Führung sogar eine Zusage, dass die Tschechoslowakei keine Waffen an die arabische Seite liefern werde. (Aus tschechoslowakischer Sicht waren die Waffenlieferungen in erster Linie wirtschaftlich relevant.)

Für die Fragestellung ist nun von besonderem Interesse, dass die Sowjetunion ausdrücklich auf den Holocaust als Legitimation für die Gründung eines jüdischen Staates verwies. In einer Rede vor der UN-Sondergeneralversammlung vom 14. Mai 1947, der ersten offiziellen Erklärung der UdSSR zur Palästinafrage seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges – einer Erklärung, die sich in mehreren Punkten deutlich von früheren sowjetischen Positionen unterschied –, erinnerte Andrej Gromyko als stellvertretender Außenminister und sowjetischer Delegationsleiter an die Leiden der Juden unter der Nazi-herrschaft und an die Entbehrungen, denen immer noch Hunderttausende von Überlebenden innerhalb und außerhalb der DP-Lager ausgesetzt waren. Er betonte, während des Zweiten Weltkrieges habe kein westeuropäischer Staat die Verteidigung der elementaren Rechte des jüdischen Volkes gewährleisten und es vor der Gewalttätigkeit der faschistischen Henker schützen können. Dies erkläre die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu errichten. Wörtlich fügte er hinzu: „Es wäre ungerechtfertigt, dem jüdischen Volk dieses Recht abzusprechen“ (zitiert nach Brod 1980: 58).

Freilich waren diese moralischen und humanitären Beweggründe nicht ausschlaggebend für den sowjetischen Entscheidungsprozess. Dagegen spricht, dass sich die UdSSR dem Schicksal der Juden gegenüber ansonsten eher opportunistisch verhalten und in ihrem eigenen Herrschaftsbereich eine häufig antizionistische, vielfach auch antijüdische und antisemitische Politik betrieben hat. In der Tat trennte die sowjetische Politik und Debatte auch in den Jahren 1947-49 konsequent zwischen Innen und Außen. Parallel zum Engagement zugunsten eines jüdischen Staates in Palästina wurden zionistische Einrichtungen in der UdSSR geschlossen, wurde der Druck auf Juden, insbesondere jüdische Intellektuelle erhöht, liefen Kampagnen gegen den „Kosmopolitismus“. 1949 bis 1953 kam es schließlich im ganzen Ostblock zu einer Reihe von Schauprozessen mit eindeutig antisemitischer Stoßrichtung.

Dieser Widerspruch hat schon in der älteren Literatur den Verdacht aufkommen lassen, der eigentliche Grund für die Befürwortung eines jüdischen Staates sei eher in sowjetischem Antisemitismus zu suchen. Neuere Archivforschungen haben zwar bestätigt, dass die UdSSR schon während des Krieges eine Verbindung zwischen der Verfolgung der Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und der Errichtung eines Staates Israel herstellte (Mintz 2007). Die kommunistische Führung der UdSSR war besorgt über die „Belastungen“, die sich aus einer großen Zahl heimatloser Juden in ihrem zukünftigen

Herrschaftsbereich ergeben könnten, was sich auch in ihrem Einverständnis mit jüdischer Auswanderung (oder Vertreibung) aus Polen und dem Balkan in die DP-Camps oder direkt nach Palästina in den Jahren 1947-48 äußerte. (Die Befürwortung oder Förderung dieser Auswanderung galt ausdrücklich nicht für sowjetische Juden.) Aber auch das Antisemitismus-Argument trägt nicht, denn warum hätte die Sowjetunion dann ausgerechnet einen jüdischen Staat fordern sollen?

Das überragende Motiv war ein realpolitisches. Die sowjetische Führung hoffte, durch ein Zweckbündnis mit Israel den britischen Imperialismus schwächen und „die anglo-amerikanischen Zugriffsmöglichkeiten“ (Heinemann-Grüder) auf Palästina einschränken zu können. Durch die veränderte Konstellation mit dem Kampf des Jischuw gegen die araberfreundliche Endphase der britischen Mandatspolitik war der Zionismus für die UdSSR von einem Instrument *des* Imperialismus zu einem Instrument *gegen* den Imperialismus geworden. Hinzu kam große Skepsis gegenüber der arabischen Nationalbewegung, die (damals noch) als feudalistisch-reaktionär eingeschätzt wurde und sich teilweise mit dem Faschismus gemein gemacht hatte.

Für diese Interpretation spricht auch die weitere Entwicklung, denn das Klima zwischen Israel und der Sowjetunion verschlechterte sich im Zuge der Verfestigung der Blöcke und der Eskalation des Kalten Krieges sehr bald. Schon 1949 kamen Meldungen in der sowjetischen Presse auf, denen zufolge der Zionismus nicht nur Instrument des amerikanischen und englischen Imperialismus im Nahen Osten sei, sondern auch in anderen Teilen der Welt der „Wühl­tätigkeit der anglo-amerikanischen Kriegstreiber“ diene (Brod 1980: 81). Im Koreakrieg wurde Israel als „aktiver Komplize des Imperialismus“ bezeichnet. Mit Waffenlieferungen an das nasseristische Ägypten und an Syrien vollzog die Sowjetunion schließlich Mitte der fünfziger Jahre endgültig den Schwenk auf die arabische Seite. Im März 1954 meinte der israelische Botschafter in Moskau, die Hinwendung der UdSSR zu Ägypten und Syrien ziele genauso auf die Eliminierung des britischen Einflusses in der Region wie seinerzeit die Unterstützung des jüdischen Staates in seiner Entstehungsphase (Heinemann-Grüder 1991: 72).

Großbritannien

Großbritannien hatte mit der Balfour-Erklärung den Grundstein für den jüdischen Staat gelegt und bis 1939 die zionistische Seite in den drei wichtigsten Kontroversen im Mandatsgebiet unterstützt: bei der jüdischen Einwanderung, beim jüdischen Landerwerb und beim Ausschluss der Araber von der Regierungsverantwortung (Flores 1993: 91). Seine Unterdrückung des palästinensischen Aufstands 1936-39 gewann dabei besondere Bedeutung als wichtige Voraussetzung für die erneute Niederlage der palästinensischen Araber und ihre „Katastrophe“ 1947/48 (dazu Khalidi 2006: 105ff). Je näher die Gefahr eines großen Staatenkrieges gegen das nationalsozialistische Deutschland rückte, desto mehr bemühte sich das Vereinigte Königreich jedoch aus übergeordneten strategischen Überlegungen, die Interessen der arabischen Seite zu berücksichtigen. 1939 verfügte es strenge Begrenzungen für Landkauf und jüdische Einwanderung. Daraus ergaben sich im Jischuw schwere politische Auseinandersetzungen über die einzuschlagende Politik, die zunächst

zugunsten einer Kooperation mit den Kriegsgegnern Nazi-Deutschlands und damit zugunsten Großbritanniens entschieden wurden.

Mit dem Ende des Krieges richteten sich Teile der jüdischen Nationalbewegung in Palästina jedoch auch mit gewalttätigen Maßnahmen gegen die britische Herrschaft; nicht zuletzt deswegen, weil sich das Vereinigte Königreich, wie schon erwähnt, strikt gegen weitere jüdische Einwanderung im Mandatsgebiet stellte. Die britische Politik gegenüber den jüdischen Flüchtlingen wurde freilich nicht nur von den Zionisten, sondern auch von vielen anderen Ländern unterlaufen und erwies sich angesichts der allgemeinen Empathie mit dem jüdischen Schicksal als kontraproduktiv, insbesondere in der schon mehrfach angesprochenen notorischen Exodus-Affäre.

Hintergrund der britischen Politik war, dass die Labour-Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst die Weltmachtposition des Empire aufrechtzuerhalten versuchte, wenn auch mit einer maßvollen Programmatik gegenüber seinen Kolonien, die Entwicklung, Partnerschaft und Reformen propagierte. Diese Strategie scheiterte jedoch; Großbritannien hatte dafür nicht (mehr) die Ressourcen und konnte den Groll über seine jahrzehntelange Dominanz im arabischen Raum nicht mehr besänftigen, obwohl es auf eine arabische Lösung des Konflikts in Palästina setzte (Weiler 1987). Vom Krieg und von der Emanzipation einiger Kolonien, vor allem Indiens, politisch und wirtschaftlich erschöpft, unter dem Druck der kriegsähnlichen Auseinandersetzungen und des jüdischen Terrors gegen seine Herrschaft und angesichts zunehmender amerikanischer Irritationen, die es sich im beginnenden Kalten Krieg nicht leisten zu können glaubte, übergab das Vereinigte Königreich seinen Nahost-Konflikt an die Vereinten Nationen und zog sich schließlich ganz aus Palästina zurück. Bei der entscheidenden Abstimmung in der Generalversammlung enthielt es sich. Hinter den Kulissen unterstützte es die Annäherung zwischen dem Jischuw und König Abdullah von Transjordanien und damit dessen Pläne für eine Annexion der West Bank.

4. Das nationalsozialistische Deutschland, die Araber und der Nahost-Konflikt

4.1 Die These

In den letzten Jahren wird wieder vielfach die keineswegs neue These vertreten, der eigentliche und zentrale Grund für den Nahost-Konflikt sei immer schon der palästinensische (oder arabische) Antisemitismus gewesen, gegen den sich die Juden von Anfang an zu Wehr setzen mussten und verteidigt hätten. In manchen Projektionen erscheinen die Araber sogar kollektiv als die historischen Verbündeten und gelehrigen Schüler und Erben des nationalsozialistischen Rassenwahns, die einen neuen Holocaust vorbereiten. Ohne die von den Nazis ermutigte und unterstützte arabische Intransigenz, ohne ihren Extremismus wäre eine friedliche Regelung des Konflikts zwischen den jüdischen Einwanderern und der ortsansässigen Mehrheit möglich gewesen. Von einer Kooperation

zwischen den beiden Volksgruppen hätten schließlich beide Seiten profitiert.²² Das ist die starke Variante der These über den Zusammenhang zwischen NS-Zeit, Arabern und Nahost-Konflikt. Sie wird in der Literatur auch als „Pro-Nazi-Narrativ“ bezeichnet (Wildangel 2007: 35). Die schwache Variante der These behauptet, dass der arabischen Seite zwar erhebliche Mitverantwortung schon für die frühe Eskalation des Konflikts zukommt und dass bei der Diskussion über NS-Zeit, Holocaust und Nahost-Konflikt ihr Part nicht ausgespart werden kann, dass die entscheidenden Ursachen für den Nahost-Konflikt aber nicht hier zu suchen sind.

4.2 Die deutsche Strategie und die Kollaboration des Mufti von Jerusalem

Die deutsche Strategie

Seit Mitte der 30er Jahre und dann vor allem im Zweiten Weltkrieg spielte der arabische Raum in den Planungen Nazi-Deutschlands eine wichtige Nebenrolle. Nach dem gescheiterten Versuch, Großbritannien zunächst politisch zu kooptieren und dann mit militärischem Druck zu einer Tolerierung deutscher Hegemonie und Großraumpolitik in Europa zu nötigen, zielte die deutsche Kriegsstrategie darauf ab, die „Lebenslinien“ des britischen Empire zu treffen, insbesondere die Verbindung zu den arabischen Ölquellen. Dafür war eine militärische „Zangenbewegung“ von Nordafrika über Ägypten und Palästina in den Vorderen Orient und vom Kaukasus in den Iran und den Irak geplant.

In diesen Zusammenhang gehören die Bemühungen, sich durch Propaganda und Kooperationsangebote nicht nur den arabischen Nationalismus und die damit verbundenen antikolonialistischen und antizionistischen Einstellungen zunutze zu machen, sondern auch an antisemitische Affekte anzuknüpfen und diese nachhaltig zu intensivieren. In Ägypten waren führende deutsche Antisemiten sogar noch weit nach Kriegsende propagandistisch tätig (Details bei Küntzel 2004). Das nationalsozialistische Deutschland hat auch Vorbereitungen getroffen, um in Palästina gegen die Juden vorzugehen; entsprechende Voraus-Kommandos wurden dafür eingerichtet. Es gibt Hinweise darauf, dass im arabischen Raum ähnliche Vernichtungsaktionen geplant waren wie in Osteuropa und in der Sowjetunion. Wie in anderen Ländern auch, hätte die SS dabei die Unterstützung von „Hilfskräften“ vor Ort in Anspruch genommen (dazu ausführlich Mallmann/Cüppers 2007).

Nazi-Deutschland und auch die Person Hitlers stießen in Nordafrika und im Vorderen Orient auf viel Sympathie, dafür gibt es reichhaltige Belege. Der Grund dafür war nicht nur eine machtpolitische „konjunkturelle Interessenidentität“, die auf deutsche Unterstützung im Kampf um die Befreiung vom britischen und französischen Kolonia-

²² So in der Tendenz bei Küntzel (2002 und 2004), der zum Beispiel die Selbstmordattentate als „Massenvernichtung“ bezeichnet. Kritisch zu dieser Position Haury (2004: 157-165) oder Flores (2008: 150-157).

lismus und gegen die zionistische Landnahme in Palästina setzte, sondern zum Teil auch eine ideologische Kollaborationsbereitschaft mit der nationalsozialistischen Judenfeindschaft. Das gilt nicht nur, aber in besonderem Maße für Amin al-Husseini, den die Mandatsmacht Großbritannien als höchsten islamischen Würdenträger in Palästina eingesetzt hatte. Als Mufti von Jerusalem, dessen religiöse Bedeutung er geschickt zu nutzen wusste, war al-Husseini ein führender Repräsentant der islamischen Welt, als Vorsitzender des Obersten Arabischen Komitees zugleich eine Art Sprecher der palästinensischen Araber. Seine Anhänger feierten ihn häufig als „Schwert des Islam“. Während des arabischen Aufstands in Palästina floh er 1937 vor den Briten, um sich der Verhaftung zu entziehen. Nach Zwischenstationen landete er schließlich in Berlin; dort ließ er sich großzügig von Nazi-Deutschland aushalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte er sich nach Kairo absetzen, wo er weiter politisch tätig blieb. Am Ende wurde er aber zu einer Belastung aus Sicht der Arabischen Liga, und mit dem Scheitern seiner Politik – seine Kooperation mit dem nationalsozialistischen Deutschland hatte ihn bei allen Siegermächten diskreditiert – sank auch unter Arabern und Muslimen sein Stern (zum Mufti auf breiter Quellengrundlage Gensicke 2007).

Die Kollaboration des Mufti von Jerusalem

Amin al-Husseini war nicht nur ein arabischer Nationalist, sondern auch ein Antisemit mit eliminatorischer Tendenz.²³ Er hat die Nähe zu den faschistischen Mächten also aus realpolitischen *und* aus ideologischen Gründen gesucht, und er blieb auch nach der Kriegswende 1943 ihr politischer Verbündeter. Der Mufti war nicht nur propagandistisch für diese Verbindung tätig, sondern hat sich auch in die „Endlösung“ eingemischt, das heißt auf diplomatischen Wegen die Ausweisung oder Emigration jüdischer Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern im Einflussbereich Nazi-Deutschlands nach Palästina verhindert, vermutlich wissend, dass er sie damit der Todesmaschinerie ausliefern würde. Amin al-Husseini hat sich schließlich mit Heinrich Himmler gemein gemacht und war maßgeblich an der Aufstellung muslimischer SS-Divisionen auf dem Balkan beteiligt – Divisionen, die in die Ermordung der jugoslawischen Juden involviert waren.

Gleichwohl bekam Al-Husseini nicht das, was er sich von der Kollaboration mit Deutschland in erster Linie erhoffte, nämlich eine nachhaltige Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen in den arabischen Ländern. Dass die Araber in der Rassenideologie der Nazis keine gleichberechtigten Partner waren, schien ihn nicht zu stören; und nach der Kriegswende hat die SS Konzessionen gemacht und weltanschauliche Parallelen zwischen NS-Ideologie und Islam zu konstruieren versucht, die dem Mufti durchaus genehm waren. Wichtiger ist, dass Hitler bis weit in den Krieg auf wiederholte Anfragen des Mufti zurückhaltend reagierte; anfangs, weil er Großbritannien nicht provozieren wollte, und später, weil er Rücksicht auf die imperialistischen Interessen Italiens und Vichy-Frankreichs im arabischen Raum nehmen musste. Trotz verschiedener konkreter Koope-

23 Einige Indizien und Dokumente sprechen dafür, dass er in den Holocaust eingeweiht und daran „in Wort und Tat beteiligt“ war, so Schwanitz (2008); dagegen Wildangel (2007: 344 ff.).

rationen wie Unterstützung subversiver Aktionen, nachrichtendienstliche Zusammenarbeit und Hilfstruppen kam es nicht zu einem Militärabkommen zwischen Hitler-Deutschland und Amin al-Husseini bzw. Rashid Ali al-Gailani, einem führenden irakischen Politiker, der ebenfalls mit den Nazis kollaborierte. Von einer substanziellen Beeinträchtigung der alliierten Kriegsführung durch die Verbindung zwischen dem Mufti und dem Nationalsozialismus wird man wohl nicht sprechen können; militärische Verbindungen größeren Stils wie die geplanten arabischen Divisionen kamen nicht zustande, und die muslimischen SS-Divisionen erwiesen sich auf Dauer nicht als „stabil“.

4.3 **Judenhass in islamischem Fundamentalismus und arabischem Nationalismus**

Nicht kontrovers ist ebenfalls, dass Antisemitismus bzw. Judenhass, obwohl im Islam historisch weniger relevant als im Christentum, im arabischen Nationalismus wie auch im politisierten islamischen Fundamentalismus eine bedeutende Rolle spielen (Kiefer 2002, Benz 2003, Holz 2005). Spätestens nach der Gründung Israels wurde der Antisemitismus zu einem Kampfmittel zunächst des Panarabismus. Neben der Mitwirkung deutscher Alt-Nazis war hierbei der vielfach antisemitisch konnotierte sowjetische Antizionismus ein wichtiger Einflussfaktor. In den 1950er Jahren fanden Übersetzungen klassischer antisemitischer Dokumente aus Europa wie der „Protokolle der Weisen von Zion“ zum ersten Mal Massenverbreitung in der arabischen Welt.

Was den Islamismus betrifft, so gab es zwar auch von dieser Seite schon radikale antisemitische Schriften, doch galt seine Aufmerksamkeit zunächst den eigenen „Ungläubigen“, also dem postkolonialen arabischen Staat. Auch die palästinensische Sektion der Muslimbruderschaft, aus der die Hamas hervorging, bekämpfte anfangs die säkulare PLO und nicht Israel – was die israelische Führung dazu verleitete, bei der Gründung von Hamas Nachsicht zu üben; manche würden sogar sagen Hilfestellung zu leisten.²⁴ Erst in den späten 1970er Jahren, mit dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel und der iranischen Revolution, stellte der Islamismus eine Verbindung her zwischen dem inneren Zustand der arabischen Gesellschaft und dem Nahost-Konflikt. Seit etwa Mitte der 1980er Jahre liegt eine ausgearbeitete, in charakteristischer Weise politisch-pathologische, islamisierte antisemitische Programmatik vor, die ausgewählte Teile des Korans mit nationalsozialistischer und anderer europäischer antisemitischer Literatur verbindet. Sie wird medial verbreitet und reicht bis in die Führungsetagen arabischer Länder bzw. Irans, wo sie in der gegenwärtigen Führung geradezu institutionalisiert ist. In der Hamas-Satzung werden die Juden als Nazis beschimpft, gleichzeitig artikuliert der Text in kaum zu überbietender Radikalität bekannte antisemitische Klischees. Ähnlich brutal und radikal äußert sich die

24 Helga Baumgarten spricht für die Zeit von 1967-1987/88 von einer „freundlichen Duldung“ der palästinensischen Muslimbrüder durch Israel (2006: 73).

libanesischer Hisbollah gegenüber Israel und den Juden, auch wenn sich ihre Diktion im libanesischen Diskurs inzwischen gemäßigt hat.²⁵

Im Zuge der anhaltenden Modernisierungsprobleme in islamisch geprägten Gesellschaften und speziell seit der erneuten Zuspitzung des Nahost-Konflikts mit dem Scheitern des Friedensprozesses im Jahre 2000 und der zweiten Intifada gewinnt die antisemitische Programmatik im Nahen und Mittleren Osten an Zulauf. Sie trägt neben der Bezugnahme auf antijüdische Topoi im Koran, die auf die Zeit der Auseinandersetzungen zwischen dem Propheten Mohammed und jüdischen Stämmen im arabischen Kernraum zurückgehen, die typischen Züge der modernen antisemitischen Ideologie: die Juden (bzw. der von Juden dominierte amerikanische Weltherrschaftsapparat), die überall in der Geschichte die Kriegs- und Revolutionsfäden zogen und die Schuld am Niedergang der islamischen Welt trügen (und beispielsweise den Holocaust erfanden oder selbst die Angriffe auf das World Trade Center inszenierten, um den Muslimen zu schaden bzw. sie zu diskreditieren); die Juden als Sündenbock für die Modernisierung, als die großen Zerstörer und „Zersetzer“ der überlieferten (grandios idealisierten) arabisch-islamischen Gemeinschaft und ihrer heiligen Werte; die Juden als die „unheimlichen Dritten“, die alle partikularen Identitäten internationalistisch/kosmopolitisch auflösen und sich ihrer Dominanz unterwerfen wollten (Holz 2005: 15ff.) Dieser Antisemitismus wirkt sich neben seiner generellen moralischen und politischen Problematik zweifellos konfliktverschärfend aus, zumal der Anspruch auf ganz Palästina nicht mehr nur nationalistisch, sondern auch religiös-fundamentalistisch begründet wird.

4.4 Einschränkungen und Differenzierungen

Viel schwieriger zu beurteilen ist die Frage, ob und inwieweit dieser nicht nur aus israelischer Sicht bedrohliche (islamisierte) Antisemitismus die Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern im 20. Jahrhundert von Anfang an geprägt und friedlichere Entwicklungen verhindert hat. Das Problem beginnt damit, dass es keineswegs immer einfach ist, zwischen (legitimen) arabisch-nationalistischen, antikolonialistischen und antizionistischen Positionen einerseits und arabisch oder islamisch geprägtem Antisemitismus und ihrer jeweiligen Verbreitung zu unterscheiden. Mallmann und Cüppers, die der arabischen Seite kritisch gegenüberstehen, schreiben, der in Mandats-Palästina kursierende Antisemitismus sei „mitunter“ noch größer gewesen als der Antizionismus (Mallmann/Cüppers 2007: 49). Das kann aber doch nur heißen, dass *in der Regel* Antizionismus die dominierende Tradition war, und den wird man den Palästinensern nicht zum Vorwurf machen können. An anderer Stelle betonen die genannten Autoren, Ben-Gurion habe schon früh die ideologischen Überschneidungen zwischen Nationalsozialismus und

25 Eine deutschsprachige Version der Hamas-Satzung findet sich bei Baumgarten (2006), dort auch zahlreiche Hinweise auf mögliche Spielräume gegenüber der Doktrin in der politischen Praxis; zu Hisbollah vgl. Webmann (2003). Zur „Bedeutung der iranischen Revolution von 1979 als Ausgangspunkt für eine anti-jüdisch orientierte Islamisierung“ vgl. Fürtig (2003).

Teilen der arabischen Welt erkannt. Bereits im November 1936 habe er vor einem Einmarsch Hitlers in Palästina und damit vor einer wesentlich verschärften Bedrohungslage gewarnt. Diese Option habe er als „größte Katastrophe, die die Welt jemals erlebt hat“ bezeichnet (Mallmann/Cüppers 2007: 166). Das ist eine äußerst kühne Interpretation ihrer Quelle, ganz abgesehen von der Frage, ob die Datierung stimmt. In der zitierten Vorlage findet sich der Zusammenhang zwischen arabischen Sympathien für den Nationalsozialismus und der Warnung vor einem Einmarsch Hitlers nicht. Es heißt dort:

„In Wirklichkeit, so Ben-Gurion, erfordere es die politische Situation, dass sich die Juden das britische Wohlwollen erhielten, denn ‘die größte Katastrophe, die die Welt jemals erlebt hat’, stehe unmittelbar bevor, und niemand könne wissen, welche Armee letztlich in Palästina landen werde. Das Land könne unter Kontrolle Hitlers, Stalins oder Ibn Sauds geraten oder britisch bleiben“ (Segev 2005: 433).

Der Text deutet eher auf die Zeit des britischen Weißbuches, also auf 1939, und „größte Katastrophe der Welt“ bezieht sich hier eindeutig auf den bevorstehenden Zweiten Weltkrieg.

Zum Faschismus im arabischen Raum bzw. in Persien

Hier ist zunächst daran zu erinnern, dass es in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern radikale nationalistische, antidemokratische, antikommunistische und dabei gewaltbereite Tendenzen und Bewegungen gab, die sich in Organisationsformen und Symbolen mehr oder weniger am Vorbild des italienischen oder des deutschen Faschismus orientierten – wobei hinzuzufügen wäre, dass zwar die meisten, aber nicht alle Varianten des europäischen Faschismus antisemitisch waren. Solche faschistischen Tendenzen reichten bis in die jüdische Gemeinschaft in Palästina, wo unter den Revisionisten sogar der Nationalsozialismus anfangs teilweise noch als nationale Befreiungsbewegung missverstanden wurde (dazu Laqueur 1975: 380-384, 400-402). Aus nahe liegenden Gründen war dieses Missverständnis auf der arabischen Seite weit stärker und länger verbreitet, aber auch hier ließen die Sympathien für Nazi-Deutschland ab 1938/39 deutlich nach, als der imperialistische Charakter des NS-Regimes unübersehbar wurde.

Wie die Regionalforschung dokumentiert, waren faschistische und antisemitische Tendenzen im arabischen Raum sehr unterschiedlich ausgeprägt, dementsprechend der Einfluss der NS-Propaganda sehr verschieden: in Syrien und Ägypten präsent, aber nicht vorherrschend, im Irak unübersehbar (so Baram 2003; vgl. auch die differenzierenden Fallstudien in Höpp/Wien/Wildangel 2006).²⁶ Die rassistische Komponente spielte jedoch

26 Vgl. etwa Israel Gershoni zu Ägypten: „[...] versuchte ich zu zeigen, dass trotz einzelner Äußerungen, die sich mit Faschismus und Nazismus identifizierten und die an der Peripherie des öffentlichen Diskurses angesiedelt waren, die wichtigsten politischen und intellektuellen Kräfte sowie die dominierenden ideologischen Strömungen den Faschismus und Nationalsozialismus zurückwiesen und sich gegen ihn stellten. [...] Ich fand heraus, dass von Beginn an die Reaktion vieler Öffentlichkeiten und Individuen in der ägyptischen Gesellschaft auf den Nationalsozialismus im Allgemeinen und die Rassentheorie und die Judenverfolgung im Besonderen definitiv negativ waren“ (2006: 40-41).

nirgendwo eine größere Rolle, und eliminatorisch waren nicht einmal die radikal achsenfreundlichen Gruppierungen, auch wenn es 1941 im Irak und 1945 in Ägypten massive antijüdische Ausschreitungen mit Pogromcharakter gegeben hat.

Auch in Palästina waren die Grenzen zwischen antizionistischer und antijüdischer Politik und Agitation fließend, aber eine durchgängige ideologische Nähe oder gar Identifikation der Eliten und der Bevölkerung mit der Programmatik Nazi-Deutschlands lässt sich trotz der starken Position des Mufti nicht nachweisen. Wie die palästinensische Zeitung „Filastin“ 1934 schrieb, brauchten die arabischen Palästinenser keine Nazis oder Faschisten, um gegen die Zionisten motiviert zu werden. Der Hass auf das zionistische Vorhaben in Palästina war älter als der Nationalsozialismus. Und den Landsleuten, die auf den Kampf der Nazis gegen die Juden setzten, hielt die Zeitung entgegen, der Nationalsozialismus fördere doch gerade die jüdische Einwanderung und stachle den jüdischen Nationalismus nur noch weiter an (Wildangel 2007: 156 und 160). In einem Bericht des SD, dem Nachrichtendienst Hitler-Deutschlands, von 1937 heißt es, die arabische Bevölkerung bringe nicht das notwendige Verständnis für die nationalsozialistische Bewegung auf. Die Gegnerschaft gegen die Juden in Palästina beruhe nicht auf Rassenhass, sondern sei dort eine „soziale Frage“, die sich um den Besitz oder Nicht-Besitz des Bodens drehe; eine „Judenfrage im nationalsozialistischen Sinne“ bestehe in Palästina nicht. In SD-Meldungen aus den Kriegsjahren schließlich ist zu lesen, die deutsche Propaganda bleibe selbst in Palästina letztendlich wirkungslos (Wildangel 2007: 102-103, 188, 324).²⁷

Trotz der ideologischen Affinität des Mufti und manch seiner Anhänger zum Nationalsozialismus dürfte es sich bei der These von der antisemitischen NS-Propaganda als eines zentralen Antriebsfaktors des arabischen Widerstands im Palästina der Mandatszeit also um eine Rückprojektion aus neueren Entwicklungen handeln. Dafür spricht auch die ebenfalls auf Archiv-Studien beruhende etwas ältere gründliche Untersuchung von Francis Nicosia, der die „konservative“ Seite der deutschen Palästina-Politik bis Ende der dreißiger Jahre betont:

„The immediate needs of Hitler’s foreign policy in Europe during the 1930s necessitated German support for the post-World War I status quo in the Middle East. This entailed support for the Jewish National Home in Palestine [aber nicht einen jüdischen Staat, GK], and for Britain’s position as mandatory power for Palestine and its imperial interests throughout the region. It also required a refusal to support Arab nationalism in Palestine and elsewhere in the Arab world that was directed against both the Zionists and Great Britain. The course of the war from 1939 to 1941 would render these policies obsolete, and bring to the surface very different ambitions and approaches in Hitler’s foreign and Jewish politics for the rest of the war“ (Nicosia 2000: XV).

27 Vgl. auch die Kritik bei Fritz Grobba, einem Diplomaten der NSDAP, und Fritz Halder, 1938-1942 Chef des Generalstabes der Wehrmacht, die im Rückblick bemängeln, Deutschland sei es nicht gelungen, den arabischen Nationalismus wirksam gegen Großbritannien zu mobilisieren (die Quellen bei Nicosia 2000: 190-191).

Die allgemeine Konfliktkonstellation im britischen Mandat

Der starken Variante der These widersprechen auch Analysen der britischen Mandats-herrschaft, für die der Mufti bis in die dreißiger Jahre durchaus die Rolle spielte, die ihm das Vereinigte Königreich zugewiesen hatte: nach innen die Einheimischen ruhig zu halten und nach außen zu kooperieren. Er mag dabei auch gezündelt haben, aber er stand eher unter „Druck von unten“, den er zu kanalisieren hatte und dem er auch wiederholt nicht nachgegeben hat. Wie andere Mitglieder der alten Herrschaftseliten in britischen Kolonien glaubte auch der Mufti, durch Wohlverhalten gegenüber der Kolonialmacht allmählich Konzessionen bei der politischen Mitsprache und schließlich die Selbstbestimmung aushandeln zu können. Diese Strategie scheiterte gerade in Palästina nicht zuletzt an der Balfour-Erklärung und in deren Folge z.B. an der Verweigerung einer palästinensischen Legislative durch das britische Parlament 1935 (Baumgarten 1991, Kap. I. 1; Segev 2005: 175-176, 202, 295-296, 316, 334, 343, 392, 467; Khalidi 2006: 79-82, 87-90). In der Dreiecks-Konstellation zwischen britischer Herrschaft und dem Konflikt zwischen Zionismus und arabischer Nationalbewegung wurden die Juden teilweise allerdings auch zu einem „Puffer“, den die herrschende arabische Feudal-Elite zur Ablenkung des internen Klassenkonflikts benutzte. Aber der Widerstand gegen das zionistische Projekt brauchte nicht „von oben“ manipuliert werden; auch ohne den Mufti, so auch Laqueur (1975: 262), hätte sich die palästinensische Politik radikalisiert.

Das Problem bei der Fixierung auf Amin al-Husseini und seinen Antisemitismus besteht in der Personalisierung und Entkontextualisierung dieses palästinensischen Widerstands, der immer wieder ihm oder den „Mufti-Banden“ angelastet wird (z.B. bei Gensicke 2007). Es ist durchaus möglich, dass beim arabischen Aufstand 1936-39, der schließlich von Großbritannien entschlossen und brutal niedergeworfen wurde, italienische oder auch deutsche Gelder geflossen sind; die Diskussion dazu ist widersprüchlich. Demgegenüber wäre vorab zu bedenken, dass in allen Kolonialkonflikten die Argumentationsfigur, der zufolge Rädelsführer mit Unterstützung durch Mächte von außen eine an sich grundlose Gewalt mobilisierten, häufig gezielt als politische Diskursstrategie eingesetzt wird, wie das folgende Zitat auch für den Jischuw belegt:

„Die zionistische Bewegung hatte stets die Auffassung vertreten, dass Araber und Juden friedlich in Palästina zusammenleben könnten. Aber nun meinte Ben Zwi: ‚Wenn die gesamte arabische Welt gegen uns ist, dann müssen wir das sagen.‘ Einer seiner Kollegen widersprach. Alles, was als Bestätigung der Aussage aufgefasst werden könne, die jüdische Präsenz in Palästina führe unvermeidlich zu Gewalt, diene nur der arabischen Propaganda. Die Zionisten sollten weiterhin der Linie folgen, dass die Auseinandersetzungen das Produkt bewusster Agitation gewesen seien und nicht die wahren Gefühle der arabischen Nation zum Ausdruck gebracht hätten“ (Segev 2005: 195).

Wie die Fachliteratur betont, ging der Protest und schließlich Aufruhr zumindest in der Anfangsphase aus einer breiten, von der städtischen wie der Landbevölkerung getragenen Unzufriedenheit über die wirtschaftliche und politische Lage hervor, die sich einmal aus der anhaltenden Verweigerung politischer Selbstbestimmung nährte, zum anderen teils real aus der drastisch gestiegenen jüdischen Einwanderung in der ersten Hälfte der 1930er Jahre ergab, teils ihr zur Last gelegt wurde (Laqueur 1975: 535, Morris 2001: 121-160, Krämer 2002: Kap. XII, Kimmerling/Migdal 2003: 102-131).

Für die Analyse und Bewertung des arabischen Widerstandes in Palästina empfehlen sich auch vergleichende Überlegungen. Schließlich gab es im ganzen arabischen Raum unter britischer und französischer Herrschaft Widerstand, und zwar längst bevor die Nazis an der Macht waren und ohne deren Subventionen; wie sich überhaupt weltgeschichtlich die Einheimischen regelmäßig nicht nur gegen Unterwerfung, sondern auch gegen Siedlungskolonialismus zur Wehr gesetzt haben. Sie haben das auch dort getan, wo es sehr viel mehr Platz für Einwanderer gab als in Palästina, und zwar meistens mit Gewalt. Es besteht keine Veranlassung, den arabischen Aufstand, der damals schon in eine Art Bürgerkrieg unter den Palästinensern mündete, zu verklären, so wie das in der arabischen Nationalmythologie getan wird. Die Begleiterscheinungen der Revolte wie Mord an unbeteiligten Zivilisten, Bandenbildung, Erpressung, Familienfehden, Korruption, Terror gegen die eigene Bevölkerung und totalitäre Tendenzen entbehren jeglicher Romantik; aber auch solche Erscheinungen wären keine Besonderheit des palästinensischen Widerstands und bedürften nicht des interpretatorischen Rückgriffs auf Drahtzieher im Innern oder Manipulation von außen.

Die arabische Diplomatie

Für eine differenzierte Einschätzung des Verhältnisses zwischen Nazi-Deutschland und den Arabern spricht auch eine Betrachtung der arabischen Diplomatie gegenüber der britischen Mandatsmacht und der jüdischen Einwanderung. Zwar repräsentierte der Mufti den kompromisslosen Flügel, aber er war nur eine, wenn auch wichtige Figur in der arabischen Politik. Diese war nahezu einhellig – und zwar nicht nur in Palästina selbst, sondern darüber hinaus – für die ungeteilte arabische Souveränität über Palästina, für eine Beendigung oder jedenfalls Begrenzung der jüdischen Einwanderung und für eine Beendigung der Landverkäufe.²⁸ Sie setzte bis zuletzt Hoffnungen auf eine Revision der Mandatspolitik in diesem Sinne – und das keineswegs ohne Grund, denn eine solche Revision wurde auch von hochrangigen britischen Politikern und Kommissionen immer wieder gefordert oder sogar in Aussicht gestellt, und zwar schon vor dem britischen Weißbuch von 1939.

Davon abgesehen hat die arabische Diplomatie verschiedentlich Zustimmung zu einem hohen Anteil jüdischer Bürgerinnen und Bürger (im Gespräch waren 30 und auch 40 Prozent) mit gleichen Bürgerrechten, gelegentlich auch zu Autonomierechten signalisiert. Im Oktober 1944 erklärten die versammelten arabischen Staatsoberhäupter im so genannten Alexandria-Protokoll, das die Grundlage für die Arabische Liga bildete, ausdrücklich ihr tiefes Bedauern über das Leiden, das den Juden Europas durch europäische Diktaturen zugefügt wurde. Gleichzeitig verwahrten sie sich jedoch dagegen, das Problem der europäischen Juden durch ein anderes Unrecht zu lösen, das die Araber Palästinas dann zu tragen hätten. Ein Jahr später bot der Generalsekretär der Arabischen Liga in

28 Eine für den Erfolg der israelischen Staatsgründung äußerst wichtige Ausnahme war in der Endphase der Mandatszeit die Position Transjordanien, das sich auf die Teilung einließ, um so die West Bank zu gewinnen.

London an, die arabischen Staaten seien bereit, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, wenn auch Großbritannien und die USA dies täten (Qasimiyya 1993, Krämer 2002: 360). Dass sich die jüdische Seite letztlich nicht auf eine Minderheitslösung einlassen wollte, obwohl Chaim Weizmann selbst zeitweise nicht mehr gefordert hatte, ist vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Osteuropa, aber auch der Konflikte im Mandatsgebiet und schließlich und vor allem der Shoah seinerseits verständlich. Aber darum geht es an dieser Stelle nicht.

4.5 Zusammenfassende und ergänzende Überlegungen

Zu guter Letzt gilt es zu bedenken, dass der Mufti der arabischen Sache mehr geschadet als genützt hat. Seine Allianz mit dem Nationalsozialismus war wegen seiner ideologischen Sympathien und seines Judenhasses nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch ein strategischer Fehler, mit dem er die Anliegen der Palästinenser bei den Siegermächten, einschließlich der UdSSR, diskreditierte (so auch Gensicke 2007). Sein größter taktischer Fehler war die Zurückweisung des britischen Weißbuchs von 1939, die er mit Blick auf die Guerillas in den Bergen gegen den Widerstand der Mehrheit im Obersten Arabischen Komitee durchsetzte. Damit hat er die wahrscheinlich größte Chance für einen arabischen Staat in ganz Palästina vertan (Khalidi 2006: 114-117). Offenbar hat der Mufti aber ein Jahr später in Gesprächen mit einem britischen Abgesandten einen unabhängigen Staat mit allen Arabern und den damals nahezu 500.000 in Palästina lebenden Juden akzeptiert – was immer das heißt; aber es war weit mehr, als die PLO 1964 zugestehen wollte, die nur die alteingesessenen, nicht die „zionistischen“ Juden zu integrieren bereit war (Khalidi 2006: 190). Das zeigt, wie problematisch es ist, die Ablehnung des UN-Teilungsplanes von 1947 allein oder primär dem Mufti zur Last zu legen oder gar zu schlussfolgern, er habe damit die Palästinenser in die Flüchtlingslager geführt.²⁹

Schon mit der Balfour-Erklärung, spätestens aber seit den frühen dreißiger Jahren mit der verstärkten jüdischen Einwanderung und den danach folgenden gewaltsamen Auseinandersetzungen war eine kriegerische Entscheidung des Konflikts zwischen Juden und Arabern über Herrschaft und Territorium in Palästina wahrscheinlich geworden. So haben es zeitgenössische Analysen wie die von US-Präsident Wilson eingesetzte King-Crane Kommission oder viele britische Untersuchungskommissionen gesehen, und es entspricht schließlich der Einschätzung der Jischuw-Führung selbst:

„Jeder erkennt das Problem in den Beziehungen zwischen den Juden und den Arabern“, meinte David Ben Gurion bei einer anderen Gelegenheit. „Aber nicht jeder erkennt, dass dieses Problem keine Lösung hat. Es gibt keine Lösung! [...] Der Interessenkonflikt zwischen den Juden und den Arabern in Palästina kann nicht durch Scheinargumente gelöst werden. Ich kenne keinen Araber, der damit einverstanden wäre, dass Palästina uns gehört“

²⁹ Gensicke (2007: 185). Gensicke behauptet immer noch, die Palästinenser seien 1947-48 deshalb geflohen, weil ihre Führer ihnen das geraten oder befohlen hätten. Das ist bekanntlich nur ein Teil der Wahrheit.

[...] Dies ist eine nationale Frage. Wir wollen das Land für uns. Die Araber wollen das Land für sich“ (Segev 2005: 129).

Das Zitat stammt von David Ben-Gurion und ist aus dem Jahre 1919. Zwischen diesen Einschätzungen und der seriösen Literatur der arabischen Seite gibt es durchaus eine gewisse Übereinstimmung, wie die folgende Zusammenfassung der Mandatszeit bei Khalidi demonstriert, die hier abschließend aufgeführt werden soll:

„Accepting such an idea [of a national home in Palestine for what they saw as another people] in some form would certainly have removed or at least weakened the ludicrous but widely believed accusation that the Palestinians were motivated by no more than anti-Semitism in their opposition to Zionism, rather than just being a colonized people trying to defend their majority status and achieve independence in their own country. [...] It is important to understand in this regard that Palestinians did not see Jewish immigrants to Palestine primarily as refugees from persecution, as they were seen by most of the rest of the world. They saw them instead as arrogant European interlopers, who did not accept that the Palestinians were a people or had national rights in their own country, believed that Palestine instead belonged to them, and were coldly determined to make that belief into a reality“ (Khalidi 2006: 120f).

Die historische Grundkonstellation des Nahost-Konflikts hat also mit dem Nationalsozialismus und der arabischen Kollaboration nichts zu tun. Aber natürlich hat die Nazi-Zeit, hat vor allem der Holocaust für die jüdische Seite die existenzielle Bedeutung einer „Heimstätte“ in Palästina dramatisch verschärft. Neben seinen materiellen Auswirkungen (Kompromissverweigerung, Gewaltbereitschaft, Gewaltakte) liegt hier der besondere symbolische Skandal des „neuen“, islamisierten Antisemitismus und der mit ihm durchgängig verbundenen Holocaust-Leugnung.

Damit komme ich zum Kern der Problematik. Ausformulierter Antisemitismus ist immer und überall ein wahnhaftes System von Vorurteilen. Wahnhaft deshalb, weil es keinerlei Grundlage in der sozialen Realität hat oder diese Realität wahnhaft überzeichnet. Dieses System ist auch dann wahnhaft, wenn es gezielt und kalkuliert für politische Zwecke, beispielsweise zur „Blitzableitung“ sozialer Konflikte, eingesetzt wird. Zwischen dem europäischen und dem arabisch/islamischen Antisemitismus gibt es allerdings einen wichtigen Unterschied: der europäische war (und ist) rein wahnhaft; in Europa waren die Juden als Gruppe für niemanden eine Bedrohung, vor allem ging von ihnen keine physische Gewalt aus. In Europa waren die Juden nur Opfer.

Auch der arabisch/islamische Antisemitismus ist – wie gezeigt – wahnhaft, aber er ist mit einem realen Konflikt assoziiert oder assoziierbar,³⁰ in dem *beide Seiten* Täter und Opfer sind. Vielerlei Korrelationen sind dokumentiert: zwischen Konfliktniveau und Befürwortung gewaltsamer Vergeltung, zwischen konkreten Leidenserfahrungen (Opfer unter Freunden und Verwandten, chronische Demütigung und Diskriminierung) und Gewaltbereitschaft. Aber auch hier sind wichtige Unterschiede zwischen den Parteien zu beachten. Wegen der Unterdrückung eines anderen Volkes trägt Israel bis heute erhebli-

30 Alexander Pollak (2008: 31) spricht von „einer sich gegenseitig bedingenden Beziehung des Imaginären und des Realen“.

che Verantwortung für den Konflikt, und man kann die israelische Politik gegenüber den Palästinensern und darüber hinaus scharf kritisieren.³¹ Aber sollte eine Friedensregelung für den Nahen Osten zustande kommen, wäre Israel außenpolitisch befriedet, selbst wenn bei der Kontrolle und Integration radikaler Siedler mit Schwierigkeiten zu rechnen wäre.³² Für die arabischen bzw. islamisch geprägten Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten gälte dies nicht in gleichem Maße, denn für sie ist der Nahost-Konflikt auch Projektionsfläche für Aggressionen, die aus anderen Quellen gespeist werden. Niemand kann garantieren, dass der islamisierte Antisemitismus zur Ruhe käme, wenn der Territorial- und Herrschaftskonflikt zwischen Israel und den Palästinensern in einem tragfähigen Kompromiss aufgehoben würde. Andererseits gibt es ausreichend Hinweise dafür, dass ein großer Teil der Unterstützung für die Radikalen weniger mit ihrer islamistischen Programmatik zusammenhängt als mit ihrem entschiedenen Widerstand gegen die Besatzung und die damit verbundenen alltäglichen Entbehrungen.

5. Erweiterung der historischen Perspektive

5.1 Die zionistische Programmatik und der Nahost-Konflikt

Um die Bedeutung der Nazi-Zeit und des Holocaust für die Gründung des Staates Israel und damit auch für den Nahost-Konflikt beurteilen zu können, ist nicht nur eine empirische Prüfung der Geschichte der Jahre 1933-1949 erforderlich. In jeder Debatte über die Ursprünge des Nahost-Konflikts müssen auch grundlegende Voraussetzungen diskutiert werden, ohne die das zionistische Projekt gar nicht erst entstanden oder jedenfalls nicht ernsthaft in Gang gekommen wäre. An erster Stelle sind hier der europäische Nationalismus und Antisemitismus zu nennen; aber auch Kolonialismus und Imperialismus. Das Projekt einer systematischen jüdischen Besiedlung Palästinas mit dem Ziel einer „Heimstätte“ und damit letztendlich eines eigenen Nationalstaats als Antwort auf fast chronische Diskriminierung und Gewalt gegenüber den europäischen Juden (dazu Karady 1999) ließ sich nur (1) gegen Verheißungen von Selbstbestimmung gegenüber den Arabern, (2) mit politischer, wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung von außen und (3) am Ende gewaltsamer Majorisierung realisieren – entgegen den Hoffnungen der Zionisten, teilweise wider besseres Wissen, auf einen Ausgleich mit den ortsansässigen Arabern. Einen binationalen Staat wollten, von Minderheiten abgesehen, weder Juden noch Ara-

31 Nirgendwo geschieht das so konsequent und glaubwürdig wie in der israelischen Gesellschaft selbst, und ein vergleichbar breiter selbstkritischer Diskurs ist in den arabischen Ländern nicht zu beobachten.

32 Dass einer solchen Lösung auch religiöser Fundamentalismus auf der jüdischen Seite entgegensteht, ist gerade in diesen Tagen (Ende Oktober 2008) mit dem Scheitern einer Koalitionsbildung durch die Vorsitzende der Kadima-Partei, Tsipi Livni, wieder sehr deutlich geworden (vgl. dazu insgesamt Baumgart-Ochse 2008).

ber. Einen jüdisch dominierten Staat aber, soviel war klar, würden die meisten Araber nicht freiwillig akzeptieren.

Kein Geringerer als Wladimir (Zeev) Jabotinsky, Präsident der Revisionisten, hatte schon Mitte der zwanziger Jahre offen ausgesprochen, dass die Zielsetzungen der beiden Nationalbewegungen unvereinbar waren. Er setzte deshalb auf eine Politik der Stärke, die den Arabern keine Alternative lassen würde. Die Mehrheitszionisten um David Ben-Gurion haben diese Position erst im Laufe der späteren Konfliktgeschichte übernommen, aber auch Ben-Gurion war das zentrale Dilemma des zionistischen Projekts im Grunde von Anfang bewusst.³³ Spätestens der arabische Aufstand von 1936-39 ließ deutlich werden, dass mit einer friedlichen Regelung des Konflikts zwischen dem Jischuw und den palästinensischen Arabern wohl nicht (mehr) zu rechnen war. Der Konflikt zwischen den beiden Volksgruppen um Herrschaft und Territorium würde voraussichtlich gewaltsam entschieden werden. Jedenfalls bereitete sich der Jischuw, der bei der Niederschlagung des Aufstands mit Großbritannien kooperierte, seitdem auf eine solche Entscheidung vor.

Im so genannten Bürgerkrieg zwischen Juden und palästinensischen Arabern 1947/48 und im ersten israelisch-arabischen Krieg 1948/49 ging es in der Wahrnehmung der Zionisten um die Existenz, zumindest in dem Sinne, wo leben durfte und souverän sein würde; und um ein verteidigungsfähiges Territorium ohne „fünfte Kolonnen“ der Gegenseite. Israel wurde zu einem weit überwiegend jüdischen Staat nicht nur durch die Flucht palästinensischer Araber aus ihrer Heimat, sondern auch durch teilweise systematische Vertreibungen und mehrere Massaker an Zivilisten – gezielte Tötungen unbewaffneter wehrfähiger Männer eingeschlossen. Diesen Prozess machte der Jischuw/Israel unumkehrbar: durch die Zerstörung Hunderter arabischer Dörfer, die Aneignung der Böden sowie die Übernahme arabischen Wohnraums in den Städten einschließlich des gesamten übrigen beweglichen und unbeweglichen Eigentums, die Tilgung der meisten Erinnerungen an die frühere arabische Präsenz und Kultur in den de-arabisierten Gebieten und durch das bis heute geltende Rückkehrverbot (vgl. dazu im Detail Pappe 2007, zur „Verteilung der Beute“ Segev 2008: Kap. 3).³⁴

33 Zu diesem grundsätzlichen Dilemma des Zionismus in Palästina, so wie ich es hier formuliert habe, und seiner Reaktion darauf, siehe auch Brumlik (2007: 45-70); zum Transfer-Denken im Jischuw Segev (2005: 441-447), Morris (2001a) und Pappe (2007: Kap. 2). Was die Größe des anzustrebenden Territoriums anging, so ist zu bedenken, dass noch die Biltmore-Erklärung von 1942 das ganze Palästina im Auge hatte. Die Revisionisten forderten bis weit in die Jahre der israelischen Staatlichkeit sogar Gebiete darüber hinaus; vgl. dazu Shindler (2002). Überlegungen, die den Süden des Libanon, die Westbank, Jordanien, den Golan und den Sinai in den Blick nahmen, finden sich aber auch später noch bei Ben-Gurion; vgl. dazu Ben-Ami (2006: 58-59), Shlaim (2000: 169-178) und Segev (2007: 695).

34 Die Studie von Ilan Pappe wird sehr kontrovers diskutiert, was auch damit zusammenhängt, dass sich der Autor auf die Programmatik und die Handlungen des Jischuw/Israels konzentriert. Die Wechselwirkungen zwischen den Konfliktparteien und die besonderen historischen Umstände kommen demgegenüber zu kurz. Zentrale Aspekte der Vertreibungsproblematik aber sind unbestritten, wie die Materialien, die Morris, der als scharfer Kritiker Pappes auftritt, in seinen eigenen Arbeiten dokumentiert hat. In einem Interview vom 9. Januar 2004 äußerte sich Morris wie folgt: „Ohne eine Vertreibung der Palästinenser hätte ein jüdischer Staat hier nicht entstehen können [...] Es gibt Situationen in der Geschichte, die eine

Diese historische Realität und ihre Konsequenzen für die arabische Seite zu verleugnen, wäre nicht nur aus moralischen Gründen unangebracht; denn sie bestimmte ganz wesentlich die weitere Konfliktgeschichte. Zentrales Erlebnis für die späteren Führer der palästinensischen Nationalbewegung war die persönliche und existenzielle Erfahrung jüdischer bzw. israelischer Gewalt, die zu Flucht und Vertreibung führte; eine Erfahrung, welche die politische Programmatik dieser Generation für Jahrzehnte geprägt hat (Baumgarten 1991: 63). Ebenso unangebracht wäre freilich eine Verleugnung der besonderen Umstände, unter denen sich die Führung des Jischuw bzw. Israels zu diesen schwerwiegenden Maßnahmen entschloss oder sie geschehen ließ. Sie waren zwar letztendlich auch eine Konsequenz der zionistischen Programmatik: Wie anders sollte ein jüdisch dominierter Staat in einem immer noch überwiegend arabisch besiedelten Territorium entstehen, wenn diese arabische Mehrheit nicht bereit war, sich durch Teilung zur Minderheit in einem großen Teil ihrer alten Heimat machen zu lassen? Und wenn die Minderheit in diesem Teil fast genauso stark war wie die Mehrheit und damit nach Einschätzung des Jischuw viel zu stark für einen ungefährdeten jüdischen Staat, der außerdem zur Zufluchtsort für alle Juden werden sollte?

Aber die Vertreibungen waren *auch* Konsequenz einer aktuellen und realen Gefährdungslage. Ob es den jüdischen Einwanderern im Falle eines durchaus möglichen arabischen Sieges³⁵ besser ergangen wäre, ist jedenfalls durchaus fraglich. In der konkreten Situation vor Ort war weder erkennbar noch plausibel, dass die arabischen Armeen, die im Mai 1948 in das israelische Kerngebiet einmarschierten, nur das den Arabern zugesprochene Territorium verteidigen und die arabischen Bewohner in Israel schützen wollten, mit deren Vertreibung der Jischuw schon Ende 1947 begonnen hatte. Dazu waren beide Seiten in Worten und Taten schon zu deutlich über den Status quo hinausgegangen, war auf beiden Seiten schon zu viel Blut von Kämpfenden und Unbeteiligten geflossen. Natürlich war für die jüdische Seite in diesem Zusammenhang die nur wenige Jahre zurückliegende spezifische Verfolgungs- und Vernichtungserfahrung des Holocaust von Bedeutung, auch wenn sie den Arabern zu Unrecht ähnliche Absichten unterstellte.

5.2 Die Verantwortung des Westens

Der Zionismus ist eine Siedlungsbewegung, die kein eigenes Mutterland mehr hatte. Im Unterschied zu anderen über viele Länder verstreute Nationen wie den Griechen oder den Armeniern war es den Juden nicht gelungen, in der alten Heimat zusammenhängen-

ethnische Säuberung rechtfertigen. [...] wenn man zwischen ethnischer Säuberung und Genozid – der Vernichtung deines Volkes – wählen muss, ziehe ich die ethnische Säuberung vor“ (zitiert nach Rothberg 2008: 186). Vgl. auch die Zusammenfassung bei Ben-Ami (2006: Kap. 2, insbesondere 39-48).

35 Die größte Schwäche der Araber lag in ihrer Uneinigkeit und in ihren internen Rivalitäten, die eine erfolgreiche Kriegführung entscheidend behinderten. Der Jischuw/Israel profitierte insbesondere von den Stillhalte-Absprachen mit Jordanien. Zum Krieg 1947-49 vgl. etwa die zusammenfassende Darstellung bei Shlaim (2001).

de Siedlungsgebiete zu bewahren. Das ursprüngliche Mutterland, das zum realen Mutterland anderer geworden war,³⁶ musste erst wiederhergestellt bzw. neu angeeignet werden. Aber es gab eine Art Ersatz für das fehlende, die Siedlungskolonisation unterstützende Mutterland in Form der zionistischen Weltbewegung und pro-zionistischer Tendenzen nicht nur in Großbritannien. Diese waren keineswegs alle philosemitisch oder christlich-prozionistisch, sondern zum Teil auch antisemitisch motiviert. So ist die Balfour-Erklärung zwar nicht in erster Linie, aber doch *auch* mit Blick auf die ostjüdische Einwanderung nach London erfolgt. Außerdem ging die britische Führung 1917 von der typischen Fehleinschätzung eines großen Einflusses der Juden auf die amerikanische Politik wie auf die russische Revolution aus.

Ohne den europäischen Imperialismus im Hintergrund hätte diese Siedlungsbewegung in Palästina trotz der unbezweifelbaren Pionierleistungen der Siedler und ihrer Unterstützung durch die zionistische Bewegung nicht die entscheidenden Voraussetzungen für die spätere Staatsgründung schaffen können. Bei einer wirksamen Mitbestimmung der Araber wäre das Unternehmen eines jüdischen Staates von Anfang an aussichtslos gewesen, obwohl einzelne Araber damals schon die historische Begründung für die Legitimität einer organisierten jüdischen Präsenz in Palästina anerkannten. Die Problematik war der westlichen Diplomatie im Prinzip durchaus bewusst. Die King-Crane Kommission, die der amerikanische Präsident Woodrow Wilson selbst zur Beurteilung der Mandatsfrage einberufen hatte, stellte in ihrem Bericht vom 28. August 1919 fest, dass die Balfour-Erklärung bei genauer Auslegung mit der Zielsetzung der Zionisten, Palästina in einen jüdischen Staat umzuwandeln, nicht vereinbar sei. Ein solches Programm sei nicht ohne gravierende Eingriffe in die bürgerlichen und religiösen Rechte der anderen Gemeinschaften möglich, und solche Eingriffe schließe die Erklärung ausdrücklich aus.

Neun Zehntel der Gesamtbevölkerung Palästinas mit einer unbegrenzten jüdischen Einwanderung zu konfrontieren, bedeute nicht nur eine massive Verletzung ihrer Rechte, sondern auch der Prinzipien, die der amerikanische Präsident am 4. Juli 1918 verkündet habe. Die Friedenskonferenz in Paris dürfe nicht darüber hinwegsehen, dass die Stimmungslage in Syrien wie in Palästina dezidiert antizionistisch sei. Keiner der konsultierten britischen Offiziere sei der Meinung gewesen, die zionistische Programmatik lasse sich ohne Waffengewalt durchsetzen. Weiter heißt es, die oft von zionistischen Vertretern vorgebrachte Behauptung, sie hätten ein Recht auf Palästina auf der Grundlage eines Besitzes, der zweitausend Jahre zurückliege, könne wohl kaum in Betracht gezogen werden. Abschließend schrieb die Kommission:

„In view of all these considerations, and with a deep sense of sympathy for the Jewish cause, the Commissioners feel bound to recommend that only a greatly reduced Zionist program be attempted by the Peace Conference and even that, only very gradually initiated. This would have to mean that Jewish immigration should be definitely limited, and that the project for

36 Nach dem Ersten Zionistischen Kongress in Basel 1897 machten sich Rabbis von Wien auf die Reise nach Palästina, um vor Ort die Chancen für eine „jüdische Heimstätte“ zu sondieren. Sie telegraphierten nach Wien zurück: „Die Braut ist wunderschön, aber sie ist mit einem anderen Mann verheiratet“ (zitiert nach Shlaim 2000: 3, meine Übersetzung).

making Palestine distinctly a Jewish commonwealth should be given up“ (Laqueur/Rubin 2001: 25).

Der Bericht der King-Crane Kommission hatte keinerlei politische Konsequenzen, er wurde sogar erst Jahre nach der Pariser Friedenskonferenz publiziert. Noch 1947 aber formulierte ein Mitarbeiter aus dem Stab der Abteilung für Nahost-Angelegenheiten im US State Department, Gordon Merriam, Folgendes zur Frage einer Teilung Palästinas:³⁷

„U.S. support for partition of Palestine [...] can be justified only on the basis of Arab and Jewish consent. Otherwise we should violate the principle of self-determination which has been written into the Atlantic Charter, the Declaration of the United Nations, and the United Nations Charter – a principle that is deeply imbedded in our foreign policy. *Even a United Nations determination in favour of partition would be, in the absence of such consent, a stultification and violation of UN's own charter*“ (zitiert nach Davidson 2001: 182, meine Hervorhebung).

In diesem ganzen Komplex sehe ich *gegenüber den Palästinensern* die entscheidende historische Verantwortung des Westens insgesamt (hier im Sinne von Okzident; ich rechne also den Zionismus, auch Russland dazu), der seinen eigenen internen Nationalitäten-Konflikt zwischen Nichtjuden und Juden, genauer: seine Unfähigkeit zu einer friedlichen und dauerhaften Integration aller seiner jüdischen Mitbürger, an den „Süden“ (hier: den Orient) delegiert hat.³⁸ Bei dieser Delegation wurde den Haupt-Betroffenen, den Arabern, die Mitwirkung verweigert, entgegen völkerrechtlichen Verpflichtungen und wiederholten politischen Zusagen. Insofern war der Teilungsvorschlag der Vereinten Nationen, gegen den alle arabischen Länder gestimmt haben, nicht unproblematisch. Die arabische Argumentation, der zufolge sie in dieser existenziellen Frage nicht einfach überstimmt werden durften, war jedenfalls keineswegs von vornherein unplausibel. Die Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen stimmte gegen einen einheitlichen arabischen Staat mit einer jüdischen Minderheit von gut 30%; aber für einen jüdischen Staat mit einer arabischen Minderheit von um die 45%. (Das Problem lag freilich tiefer als dieser Widerspruch, denn für beide Seiten war vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen historischen Erfahrungen und ihrer Konfliktgeschichte weder ein Minderheitenstatus noch eine binationale Lösung akzeptabel.)

Diese historische Verantwortung des Westens gegenüber den Arabern, insbesondere den palästinensischen Arabern, bedarf einer Form der Bearbeitung, zumindest aber eines veröffentlichten Eingeständnisses im Rahmen zentraler pragmatischer Kompromisse und Sicherheitsgarantien durch und für die Konfliktparteien, wie sie schon in verschiedenen

37 Abteilungsleiter Henderson, der Merriams Bedenken teilte und dem stellvertretenden Außenminister Acheson übermittelte, wurde bedeutet, das Memo dürfe nicht in die Ablage, alle Kopien müssten zerstört werden.

38 Wobei hier sehr wohl innerhalb des Westens zu differenzieren ist, der sich auch diesseits der dramatischen NS-Verbrechen gegenüber seiner jeweiligen jüdischen Bevölkerung durchaus unterschiedlich verhalten hat. Besonders positiv zu erwähnen sind z.B. Dänemark, Italien (trotz des Faschismus, wenn auch mit starken Einschränkungen), Bulgarien und Albanien; in vieler Hinsicht auch Großbritannien und die USA.

Entwürfen vorgesehen sind.³⁹ Und sie verlangt eine Zurücknahme des zionistischen Herrschaftsanspruchs in der Westbank und in Ostjerusalem und ein Ende der damit verbundenen Drangsalierung und anhaltenden Enteignung der palästinensischen Bevölkerung (dazu sehr eindringlich Zertal/Eldar 2007), die die Möglichkeit bekommen muss, auf diesen Gebieten (zusammen mit Gaza) einen eigenen entwicklungsfähigen Staat zu gründen; wenn auch nur unter der Voraussetzung, dass sie ihrerseits den jüdischen Staat dauerhaft akzeptiert und seine Bevölkerung nicht mehr gefährdet.⁴⁰

5.3 Weitere Tiefendimensionen

Schließlich lassen sich historische Dimensionen aufzeigen, die noch weit über das Ende des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Eine solche Dimension bezieht sich auf die Geschichte der Kreuzzüge und den damit verbundenen alten Konflikt zwischen Orient und Okzident. Der Traditionszusammenhang der Kreuzzüge, den die arabische Seite schon im ersten israelisch-arabischen Krieg bemühte und der durch das Anwachsen eines politisierten religiösen Fundamentalismus im Islam wieder aufgewertet wird, spielte eine wichtige Rolle in den westlichen Ambitionen gegenüber dem „Heiligen Land“ im 19. Jh. und während und noch nach dem Ersten Weltkrieg (vgl. Schölch 1993: 14-39 und Davidson 2001). Er ist heute noch in der evangelikalen Klientel der republikanischen Partei in den USA mit ihrer radikalen, dabei keineswegs altruistischen Unterstützung für ein Groß-Israel relevant,⁴¹ findet sich aber unterschwellig auch in einigen Beschwörungen westlicher Einheit im „Krieg“ gegen den islamistischen Terrorismus. Wobei die dabei konstruierten Abgrenzungen zwischen einer judäo-christlichen Zivilisation auf der einen und einer islamischen auf der anderen Seite übersehen, dass vielfach auch okzidentale Juden, vor allem in Frankreich und im Westen des Heiligen Römischen Reiches, zu den Opfern der historischen Kreuzzüge gehörten und zeitweise auch Juden und Muslime gemeinsam gegen die christlichen Kreuzfahrer gekämpft haben – von den wechselseitigen positiven Einflüssen zwischen allen drei Kulturen einmal ganz abgesehen. Damit soll nicht unterstellt werden, es handle sich hier um symmetrische Diskurse. Im Westen provozieren

39 Vorbildlich ist hier die sogenannte Genfer Initiative, die auch Kompensationen vorsieht. Bei dieser Initiative handelt es sich um einen detaillierten inoffiziellen Vertragsentwurf, den israelische und palästinensische Intellektuelle und Politiker ausgearbeitet haben (vgl. dazu Bernstein 2006). Zur Bedeutung der symbolischen Ebene von Respekt (auch für die beiderseitige Leidensgeschichte) vgl. auch Wolf (2008).

40 Es geht also darum, die „Dialektik der Verweigerung“ zu beenden: Die Palästinenser tun sich schwer, „die Ergebnisse des gegen sie erfolgten Prozesses der Landnahme in Gestalt einer nationalen jüdischen Existenz im Lande zu akzeptieren“; auf der jüdischen Seite werden die „konjunkturellen Versuche“, die gegen die Palästinenser betriebene Landnahme zu beenden, immer wieder hintertrieben (Diner 2004: 313).

41 Vgl. dazu etwa folgende Aussage von Senator Inhofe (R-MS): „God appeared to Abram and said, ‘I give you this land’ – the West Bank. This is not a political battle at all. It is a contest over whether or not the word of God is true“ (zitiert nach Bala 2006: 320). In der Geschichtstheologie und Teleologie der evangelikalen Fundamentalisten haben die Juden im „Heiligen Land“ letztlich nur eine Platzhalterfunktion.

solche Reminiszenzen heute heftigen Widerspruch, müssen sie gegebenenfalls zurückgenommen werden.

Eine zweite historische Tiefendimension liegt in dem von Europa ausgehenden Globalisierungsprozess, der in der frühen Neuzeit begann und den Siedlungskolonialismus und den Imperialismus einschließt. Der spezifische historische Ort des Zionismus und seine „Tragik“ bestünden dann darin, dass er eine Art Schlusslicht in diesem Prozess bildet. 1947 wurde Indien unabhängig, d. h. die Ausrufung des Staates Israel nur wenig später stellt „den Höhepunkt und zugleich das Ende des kolonialen sowie des imperialen Zeitalters“ dar (Brumlik 2007: 146).⁴² An eine solche Perspektive lassen sich weitere Überlegungen anschließen. So kann man zwischen zwei Formen von Siedlungs- und Pionierstaaten unterscheiden. In Nordamerika, Teilen Südamerikas, in Australien und Neuseeland gelang es europäischen „Bruchstücks-Gesellschaften“ (fragment societies), sich zu verankern, die einheimische Bevölkerung zu überwältigen, auszulöschen oder wenigstens zu marginalisieren. So sind aus diesen ursprünglich von außen kommenden Bruchstücks-Gesellschaften (weitgehend)⁴³ unangefochtene Mehrheitsgesellschaften geworden; sie erscheinen heute als selbstverständliche und unproblematische Staaten in den Regionen, in denen sie sich etabliert haben (Lustick 2008: 62).

Andere von Europa kommende Bruchstücks-Gesellschaften haben die einheimische Bevölkerung weder ausgelöscht noch dauerhaft marginalisiert. Zu diesem Typ von Siedlungs- und Pioniergesellschaften rechnet Lustick die Königreiche der Kreuzfahrer, Südafrika, Rhodesien, das französische Algerien und Israel. Im Falle des jüdischen Staates ist die demographische, kulturelle und symbolische Verdichtung Palästinas und des gesamten Vorderen Orients dafür verantwortlich, dass seine Gründung „nicht ohne Zustimmung der dort ansässigen Gesellschaften abschließend vollzogen werden konnte und kann“ (Brumlik 2007: 148). Daraus ergibt sich für Israel die säkulare Herausforderung, seine Existenz, die es zunächst gegen Widerstand erkämpfen musste, durch einen echten Kompromissfrieden mit der Gegenseite dauerhaft abzusichern.⁴⁴

42 Gewiss gab es Unterschiede zwischen dem zionistischen Siedlungskolonialismus und anderen von Europa ausgehenden Siedlungsprojekten in „unterentwickelten“ Regionen dieser Erde. Bei den Juden ging es um die Besiedlung eines Gebietes, in dem ihre Vorfahren oder jedenfalls ein Teil davon vor Jahrhunderten schon einmal gesiedelt hatten. Nicht zuletzt deshalb waren sie weniger an der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Ressourcen vor Ort (Ausnahme: Wasser), sondern mehr am Aufbau einer separaten Ökonomie und der Förderung der „jüdischen Arbeit“ interessiert. Aber sowohl der pro-zionistische Diskurs in England und den USA, ja im Westen insgesamt, als auch die zionistische Argumentation selbst waren im 19. und frühen 20. Jh. noch voll mit den typischen Kategorien und Denkfiguren des Kolonialismus. Insofern ist Brumliks hier zitierte Formulierung vielleicht etwas überspitzt, im Kern aber durchaus treffend; zumal er sie in der Grundlinie auf Ausführungen bei Wladimir Jabotinsky stützen kann.

43 Ich schreibe deshalb „weitgehend“, weil in Teilen Mittel- und Südamerikas die Indiofrage nach wie vor oder wieder politisch relevant ist.

44 Ich empfehle dringend auch Lustick (1993), eine theoretisch vorzüglich angeleitete und empirisch sehr reichhaltige vergleichende Studie über den partiellen Rückzug von Siedlungskolonialismus am Beispiel Großbritannien und Irland, Frankreich und Algerien sowie Israel und der Westbank-Gaza; eines der besten Bücher zum Verständnis des Nahost-Konflikts überhaupt.

5.4 Abschließende und zusammenfassende Überlegungen

Die Einbettung des Konflikts zwischen dem vorstaatlichen Zionismus und den Arabern in die westliche Kolonialgeschichte und damit verbundene Fragen historischer Verantwortung ändert nichts an der weit größeren Schuld Nazi-Deutschlands und seiner Helfershelfer gegenüber den Juden. Vertreibung oder Ermordung sind eine Differenz ums Ganze, nämlich um das Leben. Im Unterschied zu vielen seiner christlichen Vorläufer unter den Siedlungsgesellschaften und im Unterschied zu zeitgenössischen Nationalismen wie dem deutschen oder dem türkischen war der Zionismus nie genozidal. Und diese Einbettung ändert nichts an der Legitimität Israels, die heute auch postzionistisch begründet werden kann; und zwar nicht nur machtpolitisch, sondern auch völkerrechtlich und moralisch: nicht nur mit den historischen Verfolgungen, sondern auch mit den inzwischen mehreren Generationen von Menschen, die in Israel Heimatrechte erworben haben; oder mit der starken Zuwanderung von Juden aus arabisch bzw. islamisch geprägten Ländern in der Folge des ersten israelisch-arabischen Krieges und später, auch hier vielfach nicht freiwillig, sondern unter Verfolgungsdruck.

Gewiss lässt sich auch bei der Auswanderung dieser „orientalischen“ Juden über das Mischungsverhältnis von Emigration und Vertreibung streiten (Beker 2005 betont den Auswanderungsdruck). Aber sehr zugespitzt könnte man durchaus von einer Art „Bevölkerungsaustausch“ zwischen dem nunmehr überwiegend jüdischen Israel und seinem überwiegend nicht-jüdischen arabischen Umfeld sprechen. Wenn man in Rechnung stellt, dass etwa ein Viertel der heutigen Israelis jüdische Einwanderer oder Flüchtlinge/Vertriebene aus arabischen Ländern bzw. deren Nachkommen sind, dann könnte man den israelisch-arabischen Konflikt partiell sogar als eine innerorientalische Auseinandersetzung bezeichnen. Diese Argumentation mag dem einen oder der anderen als abwegig erscheinen, aber ich will damit unterstreichen, dass der Nahost-Konflikt auch in seinem engsten Kern nach 1948 seine historischen Ursprünge zwar nicht völlig verlassen, aber doch erheblich verändert hat.

Damit der hier verfolgte Ansatz einer kritischen National- und Konfliktgeschichte nicht für antiisraelische Anti-Mythen missbraucht wird, möchte ich die Frage der historischen Verantwortung für den Nahost-Konflikt noch einmal anders zusammenfassen. Wie viele andere moderne Nationen auch wurde Israel in Gewalt geboren; für die erfolgreiche Etablierung eines jüdischen Staates mussten die nationalen Ambitionen einer anderen Gruppe zurückstehen. Aber in diesem dramatischen historischen Prozess tragen auch viele andere Verantwortung. Hätte Europa die Emanzipationsversprechen der Aufklärung und der Demokratisierung eingelöst, dann wäre der Zionismus eine von mehreren Varianten des jüdischen Nationalismus geblieben und hätte sich weit schwerer getan, sich gegen die anderen Neuformierungen jüdischer Identität zu behaupten. Ohne den europäischen Antisemitismus, die Pogrome im zaristischen Russland und die Diskriminierung und Anfeindung der Juden vor allem in Frankreich, Deutschland und Österreich-Ungarn hätte es die zionistischen Gründungsschriften nicht gegeben. Ohne den Auswanderungsdruck der polnischen Rechtsparteien in den zwanziger und dreißiger Jahren und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wäre die Einwanderung polnischer Juden nach Palästina deutlich geringer ausgefallen. Ohne Nazi-Deutschland und den Massenmord an den

europäischen Juden hätten sich die amerikanischen Juden nicht nahezu einmütig hinter den Zionismus gestellt und ihn nach Kräften politisch und wirtschaftlich unterstützt, hätten führende Politiker der USA und große Teile der politisch relevanten Weltöffentlichkeit die Gründung Israels nicht als eine moralische Notwendigkeit angesehen. Wäre die Staatengemeinschaft in den dreißiger und vierziger Jahren offener für die Einwanderung verfolgter und bedrohter Juden gewesen, wären gewiss viel weniger nach Palästina gegangen.

Es gäbe kein Israel ohne den britischen Imperialismus, ohne die Balfour-Erklärung (ein Produkt des Ersten Weltkrieges und der europäischen Großmachtkonkurrenz)⁴⁵ und ohne die Niederschlagung der arabischen Revolte 1936-1939 durch Großbritannien. Und schließlich ist die arabische Seite zu erwähnen, die durch antijüdische Pogrome in Palästina, Irak und Ägypten, durch die Kollaboration eines ihrer renommiertesten politischen und religiösen Repräsentanten mit dem Nationalsozialismus und durch den Auswanderungsdruck und die Vertreibung jüdischer Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit dem ersten israelisch-arabischen Krieg schon sehr früh nicht mehr für sich in Anspruch nehmen konnte, sich nur gegen die Verdrängung einer ihrer Nationen bzw. Nationalbewegungen verteidigt zu haben.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

6.1 Fragestellung

Vor dem historischen Hintergrund der Shoah haben sich anlässlich des 60. Jahrestages der Staatsgründung Israels sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch alle im Bundestag vertretenen Parteien einhellig zur besonderen Verantwortung Deutschlands für die Existenzsicherung des Staates Israel bekannt. Wie man Israels Existenz am besten dauerhaft sichert und was Solidarität mit dem jüdischen Staat konkret bedeutet, das wird freilich auch in Israel selbst sowie in der jüdischen Diaspora kontrovers diskutiert. Das Problem wird nicht einfacher dadurch, dass sich nicht einmal eindeutig festlegen lässt, welche außenpolitischen Konsequenzen Deutschland aus dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen hat. In verschiedenen politischen, journalistischen und wissenschaftlichen Beiträgen wird die These vertreten, der Staat Israel sei nicht zuletzt eine indirekte Folge des Nazi-Regimes und seiner verbrecherischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den Juden. Damit aber geraten in einer Erweiterung der Perspektive auch die Auswirkungen der israelischen Staatsgründung auf die Palästinenser in den möglichen Horizont einer Debatte über deutsche Geschichte und Verantwortung.

⁴⁵ Es sei an dieser Stelle auch darauf hingewiesen, dass die Alliierten Großbritanniens ähnliche Sympathieerklärungen wie Lord Balfour abgaben (Mejcher 1993: 46).

Aus dieser erweiterten Perspektive ergeben sich die Fragestellungen dieses Beitrags. Ich versuche zunächst zu klären, warum die Behauptung einer solchen Verbindung so viel Anstoß erregt. Dazu erörtere ich verschiedene Diskursebenen im Nahen Osten. Im Hauptteil prüfe ich zwei Thesen, und zwar einmal, ob und inwieweit die Gründung des Staates Israel und damit der Nahost-Konflikt tatsächlich mit der NS-Zeit und dem Holocaust zusammenhängen. Zum zweiten prüfe ich die Bedeutung der arabischen Kollaboration mit Hitler-Deutschland und des zum Teil darüber vermittelten arabischen bzw. islamisierten Antisemitismus für den Nahost-Konflikt. Abschließend setze ich die Bedeutung der NS-Zeit und des Holocaust in Beziehung zu anderen, älteren Ursachen dieses Konflikts.

6.2 Wissenschaftliche Ergebnisse

- Die Einwanderung deutscher Juden nach Palästina aufgrund des Auswanderungs- und Verfolgungsdrucks des NS-Regimes in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hat zur personellen und wirtschaftlichen Stärkung des Jischuw (der jüdischen Gemeinschaft in Palästina vor der Staatsgründung) und damit zu einer bedeutsamen Veränderung in der demographischen Relation zwischen Juden und Arabern beigetragen. Aber sie war nur ein Faktor unter mehreren; tatsächlich kam die große Mehrheit der Einwanderer auch in dieser Zeit *nicht* aus den deutschsprachigen Ländern Zentraleuropas.
- Das nationalsozialistische Deutschland hat in den dreißiger Jahren mit zionistischen Organisationen bei der „Umsiedlung“ deutscher Juden nach Palästina partiell kooperiert, aber seine antisemitische Programmatik, die immer weiter radikalisiert wurde, zielte über Verfolgungs- und Auswanderungsdruck, „Austreibung“ bei totaler Entrechtung und Ausbeutung schließlich auf die systematische Ermordung der europäischen bzw. aller Juden. Deutschland hätte im Verlaufe des Krieges wahrscheinlich auch in Palästina die „Endlösung“ durchgesetzt, wenn ihm dessen Eroberung gelungen wäre, und dabei, wie an vielen anderen Stellen, die Mitwirkung einheimischer Kollaborateure in Anspruch genommen.
- Im Jischuw und in der zionistischen Weltbewegung fanden sich sehr heterogene Vorstellungen von der konkreten völkerrechtlichen Ausgestaltung der „nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes“, obwohl es von Anfang an die Vorstellung eines jüdisch dominierten Staates gab. Erst im Zuge der erfolgreichen Etablierung quasi-staatlicher Strukturen, der zunehmenden Einwanderung, des wachsenden, auch gewaltsamen Widerstands der Araber gegen die zionistische Landnahme und der immer bedrohlicher werdenden Lage der europäischen Juden setzte sich im Laufe der dreißiger Jahre mehrheitlich die öffentliche Forderung nach einem eigenen Staat durch. Dieser wurde in der Folge schließlich durch Weltkrieg und Shoah in den Augen fast aller Zionisten und einer großen Mehrheit aller Juden unabweisbar.
- In der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Abschluss der israelischen Staatsgründung haben Holocaust-Überlebende eine wichtige Rolle gespielt, insbesondere als Soldaten im ersten israelisch-arabischen Krieg. Zu diesen Überlebenden gehörten auch Juden, die vor der deutschen Armee und dem Mordapparat der SS

in die Sowjetunion geflohen waren, aber nicht mehr in ihre ursprüngliche Heimat in Osteuropa zurückkehren wollten oder konnten; nicht nur wegen der Folgen der NS-Herrschaft, sondern auch aufgrund des dort neu aufbrechenden traditionellen Antisemitismus und der Machtübernahme der Kommunisten.

- Für den Entscheidungsprozess der Vereinten Nationen über die Teilung Palästinas waren der Holocaust und die Situation der Überlebenden relevante Faktoren, aber auch eine Vielzahl von anderen Überlegungen; so zum Beispiel der herausziehende „Kalte Krieg“ oder der Entkolonialisierungsprozess. Von herausragender Bedeutung für das Teilungsvotum und damit für die äußere Absicherung der Entstehung des Staates Israel war das indirekte und teilweise sogar direkte Zusammenwirken der beiden neuen Supermächte USA und UdSSR. In den USA spielten auch innenpolitische Überlegungen (darunter Zurückhaltung gegenüber jüdischer Einwanderung) eine Rolle, vor allem das entschiedene Eintreten der amerikanischen Juden für die Gründung eines jüdischen Staates und die Sympathien, die dieses Anliegen in breiten Kreisen der US-amerikanischen Bevölkerung genoss. Der Holocaust war ein wichtiger Grund für beides. Noch wichtiger war die politische und indirekt sogar militärische Unterstützung der Sowjetunion für den Jischuw bzw. für Israel in der heiklen Endphase des Mandats bzw. im so genannten Unabhängigkeitskrieg. Zwar hat die sowjetische Diplomatie den Holocaust ausdrücklich als einen wichtigen Grund für ihr Verhalten genannt, aber ihr zentrales Motiv war ein realpolitisches, eine kurzfristige, konjunkturelle Interessenübereinstimmung mit Israel.
- Den genannten begünstigenden Faktoren für die israelische Staatsgründung steht gegenüber, dass der Massenmord an den osteuropäischen Juden den Zionismus in einer längerfristigen Perspektive seiner größten Basis und Stütze beraubt hat. Für die Überlebenden haben Nazi-Zeit und Holocaust die existenzielle Bedeutung einer „Heimstätte“ in Palästina freilich dramatisch verschärft.
- Zu den Schatten der Vergangenheit über dem Nahost-Konflikt gehört von deutscher Seite auch die propagandistische Verbreitung der NS-Ideologie, insbesondere ihres radikalen Antisemitismus, in arabisch und islamisch geprägten Ländern und ansatzweise politische und militärische Kooperation gegen gemeinsame „Feinde“ wie Großbritannien, „das Judentum“ und „den Bolschewismus“; von arabischer Seite eine Affinität, und zwar sowohl bei einigen führenden Persönlichkeiten als auch bei einem Teil der Bevölkerung, nicht nur zu Deutschland, sondern auch zum Nationalsozialismus. Die These, in dieser Verbindung liege eine zentrale oder sogar die entscheidende Ursache für die Eskalation des Konflikts zwischen Juden und Arabern, ist jedoch unhaltbar. Dagegen sprechen empirische Beobachtungen auf verschiedenen Analyse-Ebenen ebenso wie vergleichende und systematische Überlegungen.
- Ob es ohne das nationalsozialistische Deutschland, den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg keine israelische Staatsgründung gegeben hätte, ließe sich annähernd zuverlässig nur im Rahmen einer konsequenten kontrafaktischen Analyse ermitteln. Aber auch eine solche Analyse bliebe angesichts der epochalen Veränderungen in dieser Zeit sehr hypothetisch. Die Einwanderung aus Deutschland wäre dann in den dreißiger Jahren auf dem Niveau der Weimarer Zeit geblieben und der Kapitaltransfer geringer ausgefallen. Ohne die Perspektive des Zweiten Weltkrieges hätte Großbritan-

nien aber aller Wahrscheinlichkeit nach die Einwanderungsquoten nicht drastisch reduziert, vermutlich sogar an einer Politik der Parität festgehalten. Die Frage einer wie immer vorläufigen Entscheidung des Nahost-Konflikts hätte sich also in jedem Fall gestellt, und die Teilungsoption und die Idee eines „Transfers“ von Teilen der arabischen Bevölkerung kamen bekanntlich schon vor dem Zweiten Weltkrieg auf.

- Auch unabhängig von den hier überprüften Determinanten war die Gründung Israels keineswegs sicher. Sie geschah in einem „window of opportunity“ des Konsenses zwischen den beiden kommenden Supermächten, der schon nicht mehr das Produkt ihrer antifaschistischen Koalition war und sich bald im Zuge ihres eigenen Konflikts auflöste. Und die arabische Seite war zwar nicht der Goliath, als der er in der zionistischen Nationalmythologie vielfach immer noch dargestellt wird, aber sie hätte bei klügerer Politik, vor allem besserer Kooperation und Koordination, trotz der internationalen Unterstützung und der Sympathien für das zionistische Anliegen den Konflikt unter Umständen zu ihren Gunsten entscheiden können.
- Festzuhalten gilt in jedem Fall, dass die Grundkonstellation des Nahost-Konflikts älter ist als die NS-Zeit (und damit auch älter als die partielle Kollaboration der arabischen Seite mit dem Nationalsozialismus). Der Nahost-Konflikt begann als ein quasi-kolonialer Siedlungskonflikt, was er heute zum Teil noch ist; sein Ursprung liegt im europäischen Nationalismus, Antisemitismus, Kolonialismus und Imperialismus der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auf einer tiefer liegenden strukturellen Ebene ist er ein Endprodukt des Ausgreifens Europas auf die außereuropäische Welt im Zuge des 1492 beginnenden Globalisierungsprozesses. Der Nahost-Konflikt wurde auch (und ist immer noch) ein Konflikt zwischen konkurrierenden Nationalbewegungen mit ihren Staatsbildungsprojekten, einschließlich ihrer Verbindungen in einem regionalen Netzwerk von Staaten und substaatlichen Akteuren. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war er als regionaler Sub-Konflikt in den Ost-West-Konflikt einbezogen.
- In den letzten 30 Jahren hat sich eine weitere Konfliktdimension, die in Ansätzen immer schon vorhanden war, über die materiellen Dimensionen gelegt: politisierter religiöser Fundamentalismus, und zwar auf beiden Seiten. Auf der arabischen bzw. islamischen Seite äußert sich dieser Fundamentalismus auch in einem islamisierten Antisemitismus, der an den säkularen Antisemitismus im Panarabismus nach dem Zweiten Weltkrieg anknüpft und europäische Einflüsse integriert; darunter propagandistische und politische Verbindungen mit dem Nationalsozialismus, und zwar zum Teil sogar über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinaus. Als Konfliktfaktor war der arabische Antisemitismus trotz der eklatanten Anbiederung und Anbindung des Mufti von Jerusalem an den Nationalsozialismus lange Zeit jedoch nicht ausschlaggebend. Im Zuge des krisenhaften Modernisierungsprozesses in arabisch und islamisch geprägten Ländern und der Krise des Friedensprozesses seit dem Jahre 2000 gewinnt er jedoch zunehmend an Bedeutung, werden der Nahost-Konflikt und vor allem Israel zu einer neuen Projektionsfläche. Die antisemitischen (und islamophoben) Bilder des Nahost-Konflikts erschweren seine Lösung oder auch nur Regulierung, aber der Kern-Konflikt um Herrschaft und Territorium bleibt auf seine Weise eine Quelle für den

Fundamentalismus und die Unterstützung, die er über die ideologischen Hardliner hinaus findet.

6.3 Politische Schlussfolgerungen

- Neben der nachwirkenden Geschichte gibt es eine lebendige Gegenwart und eine Zukunft, die es zu gestalten gilt. Der Verweis auf Ursprünge und die Rolle anderer Akteure, so wichtig er für das Verständnis der Entstehung und Entwicklung des Nahost-Konflikts und für die unheilvoll miteinander verschränkten kollektiven Deutungsmuster ist, kann den Konfliktparteien nicht die Verantwortung für ihr aktuelles Verhalten nehmen. Ungeachtet der historischen Erblast der „Jil al-Nakba“ (der Katastrophe von 1947-1949) und der aktuellen Besatzerfahrung bliebe den Palästinensern immer noch die Wahl zwischen dem (selbst)zerstörerischen Mythos vom „bewaffneten Kampf“, der zunehmend islamisiert und vom morbiden Todes- und Märtyrerkult der Selbstmordattentate begleitet wird, und einer konsequent gewaltfreien Strategie des Widerstands, so wie sie etwa Sari Nusseibeh fordert. Auf der anderen Seite eignet sich der Verweis auf die traumatischen Erfahrungen der Shoah, auf die Terroranschläge auf Busse, Marktplätze und Cafés im israelischen Kernland und auf den Beschuss mit Granaten und Raketen keineswegs als Rechtfertigung für eine Fortsetzung des Siedlungsbaus und eine weitere Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und in Ostjerusalem. Israel hätte trotz alledem die Möglichkeit, sich grundsätzlich für ein Ende der Besatzung und einen Rückzug aus der Westbank zu entscheiden, so wie das Ami Ayalon, einer von Sari Nusseibehs politischen Weggefährten auf der israelischen Seite, vorschlägt (zum Projekt der beiden genannten Persönlichkeiten vgl. Nusseibeh 2008: 448-451).
- Wem an der Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte auch der Palästinenser liegt, der braucht zur Begründung nicht auf die Nazi-Zeit oder den Holocaust, ihre möglichen Verbindungen mit dem Nahost-Konflikt und deren politische und ethische Konsequenzen zurückzugreifen. Das führt in diesem Konflikt, in dem der Holocaust zur historischen Erfahrung der jüdischen und nur der jüdischen Seite gehört, unweigerlich zu Missverständnissen und Manipulationsverdacht. Völlig unangebracht ist die bei der extremen Rechten, zum Teil auch auf der extremen Linken und insgesamt in der deutschen Öffentlichkeit, vor allem aber in arabisch-islamisch geprägten Gesellschaften verbreitete Einschätzung, was die Deutschen den Juden angetan hätten, würden heute die Juden den Palästinensern antun. Dieser Vergleich, der aus den jüdischen Opfern der Nazi Herrschaft die kommende Tätergeneration machen will, dient nur allzu offenkundig der eigenen Entlastung und kann mit Fug und Recht als eine Form von Schuldabwehr-Antisemitismus bezeichnet werden.
- Wenn man mit historischer Verantwortung politisch argumentieren will - und zwar seriös und nicht bloß als Fortsetzung des Konflikts mit historischen Waffen -, dann bleibt zunächst und vor allem die singuläre Schuld Deutschlands für die Shoah festzuhalten, den Massenmord an sechs Millionen Juden. Die Nazi-Zeit und der Holocaust werden in den Beziehungen zwischen Deutschland und Israel immer ein wichti-

ger Bezugspunkt bleiben. Damit verbindet sich auf der deutschen Seite ein verpflichtendes Erbe, entschieden gegen Rassismus, insbesondere Antisemitismus, aufzutreten und freundschaftliche Beziehungen zu Israel zu pflegen; für die es im Übrigen viele andere gute Gründe gibt.

- Die Beziehungen zwischen der Nazi-Zeit, dem Holocaust und dem Nahost-Konflikt dagegen sind komplexer und widersprüchlicher, als es auf den ersten Blick erscheinen mag – und damit auch die Verteilung der historischen Verantwortung. Die Einbettung dieses Konflikts in die europäische (Welt-)Geschichte und den Siedlungskolonialismus einer selbst bedrängten und verfolgten Gruppe verweist über die Delegation europäischer Probleme an die palästinensischen Araber auf eine zentrale Ursprungsverantwortung des europäischen Nationalismus (einschließlich des Zionismus), Antisemitismus und Imperialismus. Auch daraus lassen sich grundsätzlich Forderungen nach Formen der Wiedergutmachung ableiten. Solche Anforderungen sind jedoch in Bezug zu setzen zur historischen arabisch-palästinensischen Mitverantwortung für den Konflikt. Das gilt zum einen für Auswanderungsdruck und partiell Vertreibung jüdischer Bürgerinnen und Bürger aus arabischen oder anderen islamisch geprägten Ländern nach dem ersten israelisch-arabischen Krieg, mit Vorläufern in antijüdischen Pogromen in Palästina, Ägypten und Irak während der Mandatszeit. Es gilt zum zweiten für den Radikalismus des Mufti von Jerusalem und seine Kollaboration mit dem wahnhaft rassistischen und mörderischen Judenhasse der Nazis. Zwar kann man die arabische Seite nicht kollektiv für die verwerflichen Vergehen und Verbrechen ihres bedeutendsten Vertreters im Palästina der Mandatszeit haftbar machen, aber man kann sie auch nicht pauschal entlasten; schon gar nicht, wenn sie keinen klaren Trennungstrich zu seinen Sympathien für den Nationalsozialismus und seinem Antisemitismus zieht.
- Insgesamt erweist sich der potenzielle Konflikt zwischen den verschiedenen historischen Verantwortungen Deutschlands allein und als Teil Europas bei genauerem Hinsehen als weniger dramatisch als erwartet. Denn die allgemeinen ethischen und die besonderen historischen Verpflichtungen Deutschlands sowohl gegenüber Israel als auch gegenüber den palästinensischen Arabern decken sich weitgehend mit den realpolitischen. Israels Existenz kann im Lichte der Analyse der Geschichte des Konflikts (und seiner Gegenwart) am besten durch einen historischen Kompromiss mit der im Gründungsakt unterlegenen, aber nicht marginalisierten Partei gesichert werden, der auch ihr eine entwicklungsfähige Staatlichkeit anbietet. Nach 60 Jahren erfolgreicher eigener Staatlichkeit geht es für Israel immer noch darum, den zweiten Teil der Programmatik Wladimir Jabotinskys umzusetzen, der wahrlich alles andere als friedensbewegt war: Frieden zu schließen mit der arabischen Welt, die die Existenzberechtigung Israels inzwischen weitgehend anerkennt. Das ist leichter gesagt als getan, denn für einen stabilen Frieden müssen Voraussetzungen auf *beiden* Seiten gegeben sein. Israel braucht nicht mehr, sollte aber auch nicht weniger tun, als glaubwürdig die Bereitschaft zu signalisieren, seinen Anspruch auf die Westbank und auf Ostjerusalem aufzugeben, sich mit den Palästinensern über die Flüchtlingsfrage zu verständigen und das Embargo gegenüber Gaza zu beenden für den Fall eines Arrangements, das die Sicherheit des Staates und seiner Bürger zuverlässig und dauerhaft garantiert.

- Deutschland kann diskrete und offene diplomatische Beiträge im Friedensprozess leisten sowie wirtschaftliche Hilfe und Beobachtungs- und Monitoring-Dienste anbieten, gegebenenfalls auch bei aktiver Friedenssicherung mitwirken. Es kann für einen historischen Kompromiss in einer Form werben, die ausdrücklich seine geschichtliche Mitverantwortung als Deutschland, als Teil Europas und Teil des Westens aus unterschiedlichen Kontexten für das Leben und das Wohlergehen *beider Seiten* bejaht. Das heißt aber auch, zu Verhaltensweisen *beider* Seiten auf Distanz zu gehen, wenn sie diesem Kompromiss offensichtlich entgegenstehen.

Literatur

Bala, Christian 2006: Konservatismus, Judaismus, Zionismus. „Kulturkrieg“ in der U.S.-Diaspora, Baden-Baden.

Baram, Amatzia 2003: Der moderne Irak, die Baath-Partei und der Antisemitismus, in: Benz, 99-119.

Barnett, Michael N. 1996: Israel in the World Economy. Israel as an East Asian State?, in: Barnett, Michael N. (Hrsg.): Israel in Comparative Perspective. Challenging the Conventional Wisdom, Albany, NY, 107-140.

Bar-On, Dan 1997: Israeli Society Between the Culture of Death and the Culture of Life, in: Israel Studies, 2:2, 88-112.

Bauer, Yehuda 2002: Rethinking the Holocaust, New Haven – London.

Baumgart-Ochse, Claudia 2008: Demokratie und Gewalt im Heiligen Land. Politisierte Religion in Israel und das Scheitern des Osloer Friedensprozesses, Baden-Baden.

Baumgarten, Helga 1991: Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948, Frankfurt am Main.

Baumgarten, Helga 2006: Hamas. Der politische Islam, München.

Beker, Avi 2005: The Forgotten Narrative. Jewish Refugees from Arab Countries, in: Jewish Political Studies Review, 17:3-4, www.jcpa.org/jpsr/jpsr-beker-f05.htm (13.6.2008).

Ben-Ami, Shlomo 2006: Scars of War – Wounds of Peace. The Arab-Israeli Tragedy, London.

Benson, Michael 1997: Harry S. Truman and the Founding of Israel, Westport, CT.

Benz, Wolfgang (Hrsg.) 2003: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Berlin.

Bergman, Elihu 2002: Adversaries and Facilitators. The Unconventional Diplomacy of Illegal Immigration to Palestine, 1945-48, in: Israel Affairs, 8:3, 1-46.

Bernstein, Reiner 2000: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten, Berlin.

Bernstein, Reiner 2006: Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern, Schwalbach/Taunus.

Bernstein, Reiner 2008: Asymmetrische Wahrnehmungen. Der Bundestag diskutiert über 60 Jahre Israel, in: www.genfer-initiative.de (18.6.2008).

Brod, Peter 1980: Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklung bis 1956, Baden-Baden.

Brumlik, Micha 2007: Kritik des Zionismus, Hamburg.

Bunzl, John 2008: Spiegelbilder – Wahrnehmung und Interesse im Israel-Palästina-Konflikt, in: Bunzl/Senfft, 127-144.

Bunzl, John/Senfft, Alexandra (Hrsg.) 2008: Zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost, Hamburg.

Clifford, Garry 1991: Review. A Second Chance for American Zionists, in: Reviews in American History, 19:3, 426-431.

- Das Manifest der 25* 2006: Freundschaft und Kritik. Warum die „besonderen Beziehungen“ zwischen Deutschland und Israel überdacht werden müssen, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 15.11.2006.
- Davidson, Lawrence* 2001: *America's Palestine. Popular and Official Perceptions from Balfour to Israeli Statehood*, Gainesville, FL.
- Diner, Dan* 1991: Die Katastrophe vor der Katastrophe. Auswanderung ohne Einwanderung, in: Blasius, Dirk/Diner, Dan (Hrsg.), *Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland*, Frankfurt am Main, 138-160.
- Diner, Dan* 2004: Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus“, in: Rabinovici/Speck/Sznaider, 310-329.
- Faber, Klaus/Schoeps, Julius H./Stawski, Sacha* (Hrsg.) 2007: *Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik*, 2. Aufl., Berlin.
- Finkelstein, Norman G.* 2002: *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Mythos und Realität*, Kreuzlingen.
- Flores, Alexander* 1993: Die Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung bis 1948, in: Mejcher, 89-122.
- Flores, Alexander* 2008: Arabischer Antisemitismus in westlicher Perspektive, in: Bunzl/Senfft, 53-74.
- Freimark, Peter* 1993: Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina, in: Mejcher 49-74.
- Friedländer, Saul* 2000: *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München.
- Friesel, Evyatar* 1996: The Holocaust. Factor in the Birth of Israel? in: Gutman, Yisrael (Hrsg.): *Major Changes within the Jewish People in the Wake of the Holocaust (Proceedings of the Ninth Yad Vashem International Historical Conference)*, Jerusalem, 519-544.
- Fürtig, Henner* 2003: Zur Bedeutung der iranischen Revolution von 1979 als Ausgangspunkt für eine antijüdisch orientierte Islamisierung, in: Benz, 73-98.
- Gensicke, Klaus* 2007: *Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin el-Husseinis*, Darmstadt.
- Gershoni, Israel* 2006: „Der verfolgte Jude“. Al-Hilals Reaktionen auf den Antisemitismus in Europa und Hitlers Machtergreifung, in: Höpp/Wien/Wildangel, 39-72.
- Gorodetsky, Gabriel* 2003: The Soviet Union's Role in the Creation of the State of Israel, in: *Journal of Israeli History*, 22:1, 4-20.
- Gross, Jan T.* 2006: *Fear. Anti-Semitism in Poland After Auschwitz*, Princeton, NJ.
- Haury, Thomas* 2004: Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken, in: Rabinovici/Speck/Sznaider, 143-167.
- Heinemann-Grüder, Andreas* 1991: *Sowjetische Politik im arabisch-israelischen Konflikt*, Hamburg.
- Heyder, Aribert/Iser, Julia/Schmidt, Peter* 2005: Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 3, Frankfurt am Main, 144-165.

- Holz, Klaus* 2005: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg.
- Höpp, Gerhard/Wien, Peter/Wildange, René* (Hrsg.) 2006: Blind für die Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus, Berlin.
- Karady, Victor* 1999: Gewalterfahrung und Utopie. Juden in der europäischen Moderne, Frankfurt am Main.
- Khalidi, Rashid* 2006: The Iron Cage. The Story of the Palestinian Struggle for Statehood, Boston, Mass.
- Kiefer, Michael* 2002: Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf.
- Kiefer, Michael* 2006: Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus, in: Die Welt des Islams, 46:3, 277-306.
- Kimmerling, Baruch/Migdal, Joel S.* 2003: The Palestinian People, Cambridge, Mass.
- Klein, Menachem* 2008: Historical Success in Danger, in: The Middle East Institute, 60-61.
- Krämer, Gudrun* 2002: Geschichte Palästinas, 3. Aufl., München.
- Krell, Gert* 2004: Die USA, Israel und der Nahost-Konflikt. Studie über demokratische Außenpolitik im 20. Jahrhundert, HSFK-Report 14/2004, Frankfurt am Main.
- Krell, Gert* 2008: Deutschland, Israel, und die Schatten der Vergangenheit. Ein persönlich-politischer Reisebericht, in: www.genfer-initiative.de (13.6.2008).
- Krell, Gert* 2008a: Antisemitische Erblast. NS-Deutschland und Nahostkonflikt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, November, 53:11, 81-90.
- Küntzel, Matthias* 2002: Dihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg.
- Küntzel, Matthias* 2004: Von Zeesen bis Beirut. Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt, in: Rabinovici/Speck/Sznaider, 271-293.
- Laqueur, Walter* 1975: Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus, Wien.
- Laqueur, Walter/Rubin, Barry* (Hrsg.) 2001: The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East Conflict, 6. Aufl., New York, NY.
- Lavsky, Hagit* 1996: Before Catastrophe. The Distinctive Path of German Zionism, Jerusalem.
- Lerman, Antony* 2004: Antisemitismus in Europa, in: Rabinovici/Speck/Sznaider, 101-118.
- Lipman, David E.* o.J.: The Jews in Palestine Respond to Nazi anti-Semitism and Genocide, 1929-1945, in: www.myjewishlearning.com/history_community/Modern (13.6.2008).
- Lustick, Ian S.* 1993: Unsettled States, Disputed Lands. Britain and Ireland, France and Algeria, Israel and the West Bank-Gaza, Ithaca, NY.
- Lustick, Ian S.* 2008: Between Samson and Jeremiah, in: The Middle East Institute, 62-64.
- Mallmann, Klaus-Michael/Cüppers, Martin* 2007: Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, 2. Aufl., Darmstadt.
- Mejcher, Helmut* (Hrsg.) 1993: Die Palästina-Frage 1917-1948, 2. Aufl., Paderborn.

- Mejcher, Helmut* 1993: Palästina in der Nahostpolitik europäischer Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika 1918-1948, in: *Mejcher*, 189-242.
- Michlic, Joanna Beata* 2006: *Poland's Threatening Other. The Image of the Jew from 1880 to the Present*, Lincoln.
- Michman, Dan* 2003: The Causal Relationship between the Holocaust and the Birth of Israel. Historiography between Myth and Reality, in: *Michman, Dan: Holocaust Historiography – A Jewish Perspective. Conceptualizations, Terminology, Approaches and Fundamental Issues*, London, 303-328.
- The Middle East Institute* (Hrsg.) 2008: *Israel. Growing Pains at 60 (Viewpoints Special Edition)*, Washington, D.C.
- Mintz, Matityahu* 2007: Ben-Gurion and the Soviet Union's Involvement in the Effort to Establish a Jewish State in Palestine, in: *Journal of Israeli History*, 26:1, 67-78.
- Morris, Benny* 2001: *Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881-2001*, New York, NY.
- Morris, Benny* 2001a: Revisiting the Palestinian Exodus of 1948, in: *Rogan/Shlaim*, 37-59.
- MSN Encarta Online Encyclopedia* 2008: Israel (Country), Kap. VII, in: <http://encarta.msn.com> (13.6.2008).
- Naor, Mordecai* 1996: *Eretz Israel. Das 20. Jahrhundert*, Tel Aviv.
- Nicosia, Francis R. J.* 1978: Zionism in National Socialist Jewish Policy in Germany, 1933-38, in: *The Journal of Modern History*, 50:4, D 1253 - D 1282.
- Nicosia, Francis R. J.* 2000: *The Third Reich and the Palestine Question*, 2. Aufl., New Brunswick, NJ.
- Nusseibeh, Sari* 2008: *Es war einmal ein Land. Ein Leben in Palästina*, München.
- Oltmer, Jochen* 2008: Migration und Zwangswanderungen im Nationalsozialismus, in: www.bpb.de/themen (13.6.2008).
- Pappe, Ilan* 2007: *The Ethnic Cleansing of Palestine*, Oxford.
- Pollak, Alexander* 2008: Antisemitismus. Probleme der Definition und Operationalisierung eines Begriffs, in: *Bunzl/Senfft*, 17-32.
- Qasimiyya, Chairiyya* 1993: Palästina in der Politik der arabischen Staaten 1918-1948, in: *Mejcher*, 123-188.
- Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan* (Hrsg.) 2004: *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*, Frankfurt am Main.
- Rogan, Eugene L./Shlaim, Avi* (Hrsg.) 2001: *The War for Palestine. Rewriting the History of 1948*, Cambridge.
- Rothberg, Michael* 2008: Der Holocaust, Kolonialfantasien und der Israel-Palästina-Konflikt. Multi-direktionale Erinnerung, in: *Bunzl/Senfft*, 177-194.
- Rubinstein, William D.* 1997: *The Myth of Rescue. Why the Democracies Could Not Have Saved More Jews from the Nazis*, New York, NY.
- Schölch, Alexander* 1982: Das Dritte Reich, die zionistische Bewegung und der Palästina-Konflikt, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 30:4, 646-674.

- Schölch, Alexander* 1993: Europa und Palästina 1838-1917, in: *Mejcher*, 13-47.
- Schoenbaum, David* 1993: *The United States and the State of Israel*, New York, NY.
- Schumer Chapman, Fern* 2002: Mutterland ... nach dem Holocaust. Eine Tochter fordert die Erinnerung zurück, Rüsselsheim.
- Schwanitz, Wolfgang G.* 2008: Amin al-Husaini und das Dritte Reich. Neues vom und zum Jerusalemer Großmufti, in: www.kritiknetz.de/Schwanitz_Neues_von_Amin_al_Husseini.pdf (21.11.2008)
- Segev, Tom* 2005: Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, München.
- Segev, Tom* 2007: 1967. Israels zweite Geburt, Bonn.
- Segev, Tom* 2008: Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates, München.
- Shindler, Colin* 2002: Likud and the Search for Eretz Israel. From the Bible to the Twenty-First Century, in: *Israel Affairs*, 8:1, 91-117.
- Shlaim, Avi* 2000: *The Iron Wall. Israel and the Arab World*, New York, NY.
- Shlaim, Avi* 2001: Israel and the Arab Coalition in 1948, in: *Rogan/Shlaim*, 79-103.
- Steinweg, Reiner* 2007 (Hrsg.): Dokumentation. Das „Manifest der 25: Freundschaft und Kritik“ und die darauf folgende Debatte, Band 1, in: www.crisis-prevention.info (13.6.2008)
- Steinweg, Reiner* 2008: Polen, in: *Zagel, Jörg/Steinweg, Reiner* (Hrsg.), *Vergangenheitsdiskurse in der Ostseeregion*, Band 2, Berlin, 81-168.
- Stern, Fritz* 2007: *Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen*, München.
- Tessler, Mark* 1994: *A History of the Israeli-Palestinian Conflict*, Bloomington.
- Thomas, Baylis* 1999: *How Israel Was Won. A Concise History of the Arab-Israeli Conflict*, Lanham.
- van Evera, Stephen* 1994: Hypotheses on Nationalism and War, in: *International Security*, 18:4, 5-39.
- Webmann, Esther* 2003: Die Rhetorik der Hisbollah. Die Weiterführung eines antisemitischen Diskurses, in: *Benz*, 39-55.
- Weiler, Peter* 1987: British Labour and the Cold War. The Foreign Policies of the Labour Governments, 1945-1951, in: *The Journal of British Studies*, 26:1, 54-82.
- Wildangel, René* 2007: *Zwischen Achse und Mandatsmacht. Palästina und der Nationalsozialismus*, Berlin.
- Wolf, Reinhard* 2008: Respekt. Ein unterschätzter Faktor in den Internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 15:1, 5-42.
- Zertal, Idith/Eldar, Akiva* 2007: *Lords of the Land. The War Over Israel's Settlements in the Occupied Territories, 1967-2007*, New York.
- Zimmermann, Moshe* 2004: Im Arsenal des Antisemitismus, in: *Rabinovici/Speck/Sznaider*, 294-309.
- Zuckermann, Moshe* 1999: *Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands*, 2. Aufl., Göttingen.